

Gemeinsam Druck machen!

Für soziale Gerechtigkeit, eine ökologische Stadtplanung, gute Arbeit, bezahlbare Wohnungen, mehr Demokratie und bessere Bildung!

Gegen Ausgrenzung, Rassismus und Neonazis!

**Kommunalpolitisches Programm
zu den Wahlen 2009**

DIE LINKE.
Kreisverband Düsseldorf

Inhaltsverzeichnis

Gemeinsam Druck machen! Original sozial: Für ein solidarisches Düsseldorf!

I. Soziale Gerechtigkeit	
„Gute Arbeit“ fördern – Ein-Euro-Jobs abschaffen	S. 06
Statt Armut – ein menschenwürdiges Leben für Alle	S. 09
Bezahlbaren Wohnraum statt neuer Bürotürme	S. 11
Für eine aktive Gesundheitspolitik	S. 13
II. Für eine ökologische und nachhaltige Stadtentwicklung	
Stadtplanung im Interesse der Menschen	S. 15
Für eine ökologische Verkehrswende	S. 17
Umweltschutz durchsetzen	S. 19
III. Eine andere Politik ist möglich – Querschnittsaufgaben linker Kommunalpolitik	
Geschlechtergerechtigkeit herstellen	S. 23
Kommunalfinanzen verbessern	S. 25
Für den Ausbau kommunaler Demokratie	S. 26
IV. Global denken, lokal handeln!	
Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen	S. 28
Kommunale Friedenspolitik statt Waffen aus Düsseldorf	S. 29
V. Bildung für Alle	
Gleiche Chancen in der Bildung schaffen	S. 31
Zugang zur Kultur für Alle	S. 23
Medienpolitik demokratisch gestalten	S. 36
Sport fördern	S. 37
VI. Gleiche Rechte für alle Menschen	
Für die Rechte der Jugend	S. 39
Starke, freie, selbstbewusste Kinder	S. 40
Integration vor Ort gestalten	S. 42
Flüchtlingen Schutz und Rechte geben	S. 43
Gegen Vertreibung und Schikanen	S. 44
Vielfalt leben – Lesben und Schwule unterstützen	S. 45
Gleichberechtigte Teilhabe für Menschen mit Behinderungen	S. 46
Voraussetzungen für ein Altern in Würde schaffen	S. 48
VII. Unser Selbstverständnis:	
Mit der LINKEN für soziale Gerechtigkeit und Demokratie vor Ort!	S. 49

Gemeinsam Druck machen!

Liebe Leserin, lieber Leser,



mindestens 190 Millionen Euro werden im städtischen Haushalt 2009 durch Steuerausfälle aufgrund der Wirtschaftskrise fehlen. Kürzungslisten mit massiven Einschnitten im sozialen Bereich werden von der Stadtverwaltung und den Fraktionen von CDU und FDP bereits vorbereitet, aber erst nach den Kommunalwahlen bekannt gegeben.

Massenentlassungen drohen nach den Bundestagswahlen. Die meisten Konzerne wollen bis dahin stillhalten, um eine politische Mehrheit von CDU und FDP auf Bundesebene zu ermöglichen.

Mit den Hartz-Gesetzen und massivem Lohndumping und Rentenkürzungen – alles begründet mit dem vermeintlichen „Globalisierungsdruck“ - wurde die Kaufkraft der Bevölkerung in den letzten Jahren massiv geschwächt. Diese neoliberale Politik hat Millionen von Menschen in Armut gestürzt und zu einer enormen Umverteilung zugunsten der Wohlhabenden und Reichen geführt. Die Auswirkungen dieser Politik spüren wir auch in Düsseldorf.

Als DIE LINKE im Februar 2009 ihr kommunalpolitisches Programm verabschiedet hat, waren die Auswirkungen der Wirtschaftskrise vor allem für LeiharbeiterInnen, die massenhaft auf die Straße gesetzt wurden, erkennbar. Mit Kurzarbeit sollten zumindest Stammebelegschaften gehalten werden. Für den städtischen Haushalt wurden von der Stadtverwaltung nur geringfügige Auswirkungen der Krise auf die Finanzen der Stadt erwartet. Nun wird für alle deutlich: in Folge der Krise droht eine massive Zunahme von Erwerbslosigkeit und Verarmung. DIE LINKE wird im neuen Stadtrat sehr entschieden gegen weiteren Sozialabbau kämpfen müssen - und für eine gerechte Steuer- und Finanzpolitik auf Bundesebene, die den Städten, nicht den Banken finanziell unter die Arme greift.

Gerade in dieser Situation ist eine starke LINKE notwendig. Die Politik in unserer Stadt, aber auch bundesweit, darf nicht denen überlassen werden, die die Krise verursacht haben. Während Banken mit hunderten von Milliarden Euro gerettet werden, ist die materielle und soziale Existenz von Millionen von Menschen kein Thema für die herrschende Politik.

DIE LINKE steht für eine Politik, in der soziale Gerechtigkeit zum Tragen kommt, in der der Mensch und nicht Profite im Vordergrund stehen.

Profitinteressen beherrschen auch die städtische Planungspolitik, wie die Bebauung am Golzheimer Friedhof und der Verkauf des Jan-Wellem-Platzes beispielhaft aufzeigen.

Dass der Stromkonzern EnBW, an den die Mehrheit der Stadtwerke verkauft wurden, ein umweltschädliches Kohlekraftwerk in der Lausward errichten will, ist ebenso auf pure Profitinteressen zurückzuführen.

An diesen und vielen anderen Beispielen in unserem Programm machen wir deutlich, was falsch läuft in unserer Stadt und was wir ändern wollen. Dabei wissen und sagen wir: das Wahlkreuz bei der LINKEN zu machen ist ein erster Schritt, es reicht aber nicht aus. Nur wenn Bürgerinitiativen, Verbände, Gewerkschaften und soziale Bewegungen ihre Anliegen vorbringen, nur wenn auch Sie sich aktiv engagieren, wird es Veränderungen im Interesse der Menschen geben. Deshalb möchten wir Sie einladen, gemeinsam mit uns Druck zu machen für eine Gesellschaft, in der die Profitinteressen zurückgedrängt werden und in der alle Menschen, unabhängig von Geschlecht, Religion und Herkunft gleiche Chancen haben, in der der Schutz der Umwelt eine größere Rolle spielt, in der Gerechtigkeit kein Fremdwort ist.

Gerne können Sie sich mit Rückfragen zu unserem Programm an uns wenden, gerne stellen wir Ihnen unsere politischen Ziele auch persönlich vor!

Freundliche Grüße



Angelika Kraft-Dlangamandla



Frank Laubenburg

SpitzenkandidatInnen der LINKEN.Düsseldorf zu den Kommunalwahlen 2009

Original sozial: Für ein solidarisches Düsseldorf!

DIE LINKE steht für eine soziale, ökologische und solidarische Politik. Wir sind die Alternative zu den etablierten Parteien und deren Wirtschafts-, Gesellschafts- und Stadtentwicklungspolitik.

Das Leben in den Kommunen verändert sich durch eine fortschreitende soziale Spaltung in Reich und Arm, in „Besserverdienende“ und Menschen, die für Niedriglöhne arbeiten müssen oder erwerbslos sind. Dies führt zu Verarmung und Spaltung, Ausgrenzung und Demütigung. In keiner anderen Stadt Deutschlands klafft die Lücke zwischen Arm und Reich so auseinander wie in Düsseldorf.

Wir kämpfen dafür, dass in Düsseldorf niemand in die soziale Isolation gedrängt wird. Für alle muss gleiche soziale, kulturelle und demokratische Teilhabe gesichert werden.

- Soziale Gerechtigkeit vor Ort erfordert soziale, solidarische und ökologische Kommunen. Deshalb treten wir ein für
- Arbeit, Wohnen, Gesundheit, Bildung, umweltfreundliche Mobilität, Kultur und Freizeit für alle;
- grundlegende Bedarfssicherung für alle durch öffentliche Daseinsvorsorge in demokratischer Kontrolle statt Privatisierung;
- gegen die Hartz-Gesetze, und - solange sie noch in Kraft sind - die Dämpfung ihrer unsozialen Folgen;
- gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben statt Diskriminierung, für Mann und Frau, Junge und Alte, Behinderte und Nichtbehinderte, Sicherheit und Integration für Menschen mit Migrationshintergrund und Flüchtlinge statt Ausgrenzung;
- Zugang zu sozialer und schulischer Bildung, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, Ganztagsplätze in Kindergärten und Schulen für alle Kinder und Jugendliche;
- umfassende demokratische Mitwirkung. Die Menschen müssen auch außerhalb von Wahlen an allen grundsätzlichen Entscheidungen, wie der Haushaltsplanung, beteiligt sein.

Wir wollen eine soziale, lebenswerte und demokratische Stadt. Wir sagen gleichzeitig, dass dieses Ziel nur erreicht werden kann, wenn der Einfluss der Privatbanken, Fonds und Großkonzerne auf die politischen Entscheidungen entscheidend zurückgedrängt wird und sich die Einwohnerinnen und Einwohner selbst entschieden für ihre Rechte einsetzen. Davon wird abhängen, ob die in diesem Programm geforderten Alternativen durchgesetzt werden können.

I. Soziale Gerechtigkeit

„Gute Arbeit“ fördern – Ein-Euro-Jobs abschaffen

Durch den kontinuierlichen Abbau von Arbeitsplätzen (insbesondere im produzierenden Gewerbe), Tarifflicht, den Ausbau des Kombi- und Niedriglohnsektors und durch die Zwangsverpflichtung von Hartz IV-beziehenden Arbeitslosen zu Ein-Euro-Jobs wird auch in Düsseldorf das Tarifgefüge zerstört, werden immer mehr Erwerbstätige in Armut getrieben. Schon jetzt können tausende in Düsseldorf von ihrem Erwerbseinkommen nicht mehr leben und sind auf zusätzliche staatliche Unterstützung angewiesen.

Über 50.000 Menschen sind in der Stadt Düsseldorf Arbeit suchend gemeldet, davon sind über 29.000 arbeitslos gemeldet, damit liegt die Arbeitslosenquote offiziell bei 9,6% (alle Zahlen von der Bundesagentur für Arbeit, Juni 2009). Hinzu kommen tausende von Menschen, die in den Statistiken nicht auftauchen, weil sie in Ein-Euro-Jobs oder anderen „Maßnahmen“ sind oder keine Leistungsansprüche haben und sich daher nicht bei der Arbeitsagentur melden.

Das Recht auf Arbeit ist in der Landesverfassung Nordrhein-Westfalens verankert, die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit eine dringende Notwendigkeit. Spätestens seit Einführung der Hartz-Gesetze und der AGENDA 2010 wird aber nicht mehr die Arbeitslosigkeit bekämpft. Vielmehr werden Arbeitslose in Armut abgedrängt oder zu Niedriglöhnen in ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse vermittelt. Das führt zu neuer Arbeitslosigkeit, denn Armut und niedrige Löhne schwächen die Kaufkraft. Allein durch die Hartz-Gesetze wird die Kaufkraft in Düsseldorf um über 30 Millionen Euro jährlich gesenkt.

Daher tritt DIE LINKE bundesweit für die Abschaffung der Hartz-Gesetze, für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und für einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 10 Euro/Stunde.

Schon jetzt sind auf städtischer Ebene zahlreiche Möglichkeiten für eine andere Arbeitsmarktpolitik gegeben. DIE LINKE fordert daher:

- Der Abbau von Arbeitsplätzen bei der Stadt und den städtischen Töchtern muss gestoppt werden. Im städtischen Stellenplan sind knapp 700 Stellen vorhanden, die nicht besetzt sind (allerdings gibt es 300 besetzte Stellen, die nicht im Stellenplan stehen). Mutterschafts- und Krankheitsvertretungen wer-

den oftmals eingespart. Wir setzen uns für eine Abschaffung der so genannten Personalkostenbudgetierung ein, um dadurch freie Stellen und Vertretungen zu besetzen. Auch bei den städtischen Töchtern werden zahlreiche Stellen schlichtweg nicht besetzt, um „Kosten zu sparen“. Das muss beendet werden. Strukturell bedingte Überstunden zur Verhinderung von Einstellungen darf es bei der Stadt und den städtischen Töchtern nicht länger geben.

- Die Ausgliederung von Unternehmensbereichen (wie „Rheinbus“ bei der Rheinbahn, zahlreiche Untergesellschaften am Flughafen, die „Sportagentur“ im Bereich des Sportamtes und die „DMT GmbH“ bei der Wirtschaftsförderung) lehnen wir ab, weil damit Einkommensverluste für die Beschäftigten und eine Zerstörung des Tarifgefüges verbunden sind. Wir treten für eine Dienstvereinbarung über den Ausschluss betriebsbedingter Änderungs- und Beendigungskündigungen bei der Stadt Düsseldorf und für eine Rückführung der ausgegliederten Bereiche in die Verwaltung bzw. in die städtischen Töchter ein.
- Ein-Euro-Jobs darf es nicht länger geben. Stattdessen müssen bei der Stadt und den städtischen Töchtern sowie im Bereich der gemeinnützigen Arbeit neue Arbeitsplätze (tarifgebunden und sozialversicherungspflichtig) geschaffen werden. Es fehlt beispielsweise an Hausmeistern für öffentliche Gebäude und an pädagogischen MitarbeiterInnen an den offenen Ganztagschulen.
- Die ARGE muss auf die Einrichtung und Vermittlung von „1-€-Jobs“ verzichten. Die Ablehnung von „1-€-Jobs“ darf keine Sanktionen nach sich ziehen. Stattdessen ist sicher zu stellen, dass sämtliche für berufliche Qualifizierung bereitstehenden Mittel ausgeschöpft werden (zur beruflichen Qualifizierung zählen IHK- und Handwerkskammer-Abschlüsse und einstellungsentscheidende Schlüsselqualifikationen).
- Bei der Stadt und den städtischen Töchtern sowie im Bereich der Gemeinnützigen Arbeit müssen neue Arbeitsplätze (tarifgebunden und sozialversicherungspflichtig) geschaffen werden. Es fehlt beispielsweise an Hausmeistern für öffentliche Gebäude und an pädagogischen MitarbeiterInnen an den offenen Ganztagschulen.
- Für den Aufbau eines Öffentlichen Beschäftigungssektors im sozialen und kulturellen Bereich müssen kommunale Mittel bereitgestellt werden. Damit könnten zugleich kommunale Dienstleistungen verbessert und eine tarifliche Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen erreicht werden.
- Die Stadt und die städtischen Töchter müssen eine Ausbildungsquote von 7% erreichen. Zudem müssen Auszubildende mindestens ein Jahr übernommen

werden, damit sie Berufserfahrung sammeln können und damit ihr beruflicher Werdegang nicht mit Arbeitslosigkeit beginnt. Bei der Ausbildung über Bedarf sind zudem insbesondere Berufe zu berücksichtigen, die auch außerhalb von Verwaltungen nachgefragt werden.

- Prekäre Beschäftigungsverhältnisse bei der Stadt bzw. städtischen Töchtern (insbesondere im Jugendhilfe- und Kulturbereich) müssen in reguläre Stellen umgewandelt werden.
- Die Stadt Düsseldorf muss sich über ihre Mitgliedschaft in den Kommunalen Spitzenverbänden für Arbeitszeitverkürzungen im Öffentlichen Dienst bei vollem Lohnausgleich einsetzen.
- Die Stadt muss sich zur weiteren Mitgliedschaft im Kommunalen Arbeitgeberverband verpflichten und damit zur Einhaltung der Tarifverträge. Die Stadt muss weitere Teilzeitstellen - auch in den höheren Besoldungsgruppen - nicht nur formal ausschreiben, sondern auch tatsächlich schaffen.
- Der Rat muss einen eigenen „Ausschuss für Arbeitsmarktpolitik“ einrichten, der Aktivitäten gegen Arbeitslosigkeit initiiert und die Maßnahmen der ARGE kontrolliert.
- Die Stadt und ihre Töchter müssen alle Möglichkeiten ausschöpfen, um Aufträge nur an solche Unternehmen zu vergeben, die den gesetzlichen Arbeitsschutz garantieren, eine Ausbildungsquote von mindestens 7% vorweisen können und sich an die jeweiligen Tarifverträge halten sowie Behindertenarbeitsplätze mindestens in Höhe der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestquote anbieten. Hierzu ist auch der Einsatz der Stadt für ein Tariftreue-Gesetz notwendig.
- Gemeinnützige Träger müssen in die Lage versetzt werden, Ausbildungsplätze anbieten zu können. Ein entsprechendes städtisches Förder- und Koordinationsprogramm ist aufzubauen.
- Bei Vergabe von städtischen Fördermitteln für Personalkosten an freie Träger muss gewährleistet sein, dass diese Träger tariflich entlohnen und keine diskriminierenden Arbeitsverträge für geförderte Stellen abschließen (z.B. Verbot Eingetragener Partnerschaften, Verpflichtung zu einer bestimmten Religionszugehörigkeit).
- Niemand darf zur Ausübung einer Beschäftigung gezwungen werden, insbesondere dann nicht, wenn die Beschäftigung für ihn kein Existenz sicherndes Einkommen schafft, die berufliche Qualifikation nicht in Wert stellt, die zu hohe Ansprüche an die Flexibilität und die Fahrtzeiten bedeutet oder die gegen die

politische und religiöse Gewissensfreiheit verstoßen würde. Die Bereitschaft zur Ausübung solcher Tätigkeiten bzw. der Abschluss sogenannter Eingliederungsvereinbarungen mit der ARGE dürfen nicht die Voraussetzung der Gewährung von Leistungen sein. Dies gilt auch für arbeitsmarktpolitische Fördermaßnahmen.

- Der aufschiebende Charakter von Widersprüchen gegen belastende Verwaltungsakte durch die ARGE muss ebenso hergestellt werden wie transparente Verwaltungsverfahren. Insgesamt sind die Rechtsschutzmöglichkeiten zu sichern und zu verbessern. Hierzu hat maßgeblich die Rechtsstelle des Amtes für soziale Sicherung und Integration der Landeshauptstadt Düsseldorf beizutragen.
- Die Selbstorganisation der von Arbeitslosigkeit Betroffenen muss stärker gefördert werden (z. B. Arbeitsloseninitiative, Mittwochsfrühstück, gewerkschaftliche Arbeitslosengruppen). Das Recht auf eine unabhängige, kostenfreie Sozialberatung, insbesondere durch Organisationen der Betroffenen, muss sichergestellt werden. Deren Finanzierung ist durch Mittel der ARGE und der Stadt Düsseldorf sicher zu stellen. Beratungseinrichtungen dürfen dabei zur Sicherung ihrer Unabhängigkeit nicht gleichzeitig als Vermittler von Arbeitsplätzen bzw. Eingliederungsmaßnahmen fungieren.
- Von Telefonabfragen zur Überprüfung der sozialen Situation Erwerbsloser bzw. der Menschen mit geringem Einkommen muss abgesehen werden. Hausbesuche durch ARGE-Außendienst-MitarbeiterInnen sind zu unterlassen.
- Wartezeiten, Antragsbearbeitung und Erstauszahlungen nach Antragstellung bei der ARGE Düsseldorf und städtischen Ämtern müssen deutlich verkürzt werden.

Statt Armut – ein menschenwürdiges Leben für Alle!

Die Kluft zwischen Arm und Reich wird ständig größer, was zu einer zunehmenden und sichtbaren Polarisierung der Lebensverhältnisse in den Kommunen führt. Deshalb hat der Kampf gegen Armut für DIE LINKE die oberste Priorität. Inzwischen ist jede(r) Vierte in Deutschland armutsgefährdet, was eine immer stärkere Ausgrenzung sowie soziale und kulturelle Verarmung zur Folge hat. Diese Entwicklung ist jedoch keineswegs systemneutral, sondern hat ihre Ursache in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem, das durch massenhafte Arbeitsplatzvernichtung und zunehmende Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse immer weniger

Menschen eine lebenswerte Perspektive bietet. Seit der Einführung von Hartz IV und durch einen ständig wachsenden Niedriglohnsektor ist das Ausmaß von Armut jedoch noch erheblich verschärft worden. Diese gesellschaftlichen Verhältnisse in einem der reichsten Länder der Erde halten wir für einen politischen Skandal.

In Deutschland können Millionen Beschäftigte nicht von ihrer Arbeit leben und viele erhalten ergänzendes Arbeitslosengeld II. Befristete Beschäftigung und Teilzeitarbeit nehmen von Jahr zu Jahr zu. Prekäre Beschäftigung steigt stetig, ALGII-BezieherInnen werden in 1-Euro-Jobs gezwungen. Dies erhöht den Druck auf die Beschäftigten und schwächt die Gewerkschaften. Hier ist es notwendig, dass auf allen politischen Ebenen gegengesteuert wird, denn es ist unsere vordringliche Aufgabe, gegen Arbeitslosigkeit und deren soziale Auswirkungen vorzugehen.

Hartz IV ist ein Bundesgesetz! Daher können wir auf kommunaler Ebene nur durch flankierende Maßnahmen eingreifen. DIE LINKE verpflichtet sich, alle Prozesse des Widerstands gegen die Hartz IV-Politik zu unterstützen und tritt für folgende Forderungen ein:

- Die Stadt muss einen „Masterplan Armutsbekämpfung“ entwickeln. Neben der ausführlichen Berichterstattung über Armut und Reichtum in Düsseldorf (entsprechende Berichte wurden 1999 von CDU und FDP eingestellt) müssen hier städtische Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut, insbesondere bei Kindern, Frauen und RentnerInnen entwickelt und koordiniert werden.
- Kinderarmut muss insbesondere durch die Sicherstellung einer angemessenen Ausstattung von Schülerinnen und Schülern mit Lern-, Lehr- und Verbrauchsmaterialien, insbesondere bei der Einschulung sowie die kostenfreie Nutzung aller städtischen Einrichtungen, wie z.B. Schwimmbäder und Musikschule erfolgen. Frühstück und Mittagessen müssen für Kinder in Kindertagesstätten und Schulen kostenlos angeboten werden.
- Der Düsseldorfpass mit seinen Ermäßigungen für Einkommensschwache muss ausgebaut werden.
- Ein Sozialticket als Monatskarte für den VRR zu einem Preis von 10 Euro muss für Menschen mit geringem Einkommen eingeführt werden.
- Im Mittelpunkt der Arbeit der ARGE und des Sozialamtes muss die Service-, Beratungs- und Hilfspflicht stehen. Keinesfalls darf es politische Vorgabe sein, Kosten dadurch einzusparen, dass Menschen nur unzureichend über ihre Rechte informiert werden. Leitlinie muss die Unterstützung für schnelle, nicht entwürdigende Problemlösungen im Sinne der Menschen sein.

- Die Stadtparkasse Düsseldorf muss als dem Gemeinwohl verpflichtetes Institut zinsgünstige Um- und Entschuldungsprogramme, die von der Stadt verbürgt werden, anbieten. Menschen mit einem geringen Einkommen muss eine kostenlose Kontoführung ermöglicht werden.
- Die Städtischen Töchter müssen ihren SchuldnerInnen entgegen kommen und sollten weitestgehend auf Vollstreckungsmaßnahmen verzichten. Im Energiebereich ist die Einführung eines Sozialtarifs für Strom und Gas durch die Stadtwerke Düsseldorf AG notwendig. Auf Strom- und Gassperren muss verzichtet werden.
- Niemand darf zur Ausübung einer Beschäftigung gezwungen werden, insbesondere dann nicht, wenn die Beschäftigung kein Existenz sicherndes Einkommen schafft, die berufliche Qualifikation nicht in Wert stellt, die zu hohe Ansprüche an die Flexibilität und die Fahrtzeiten bedeutet oder die gegen die politische und religiöse Gewissensfreiheit verstoßen würde. Die Bereitschaft zur Ausübung solcher Tätigkeiten bzw. der Abschluss sogenannter Eingliederungsvereinbarungen mit der ARGE dürfen nicht die Voraussetzung der Gewährung von Leistungen sein. Dies gilt auch für arbeitsmarktpolitische Fördermaßnahmen, deren Teilnahme freiwillig sein muss.
- AsylbewerberInnen und AussiedlerInnen sollen endlich in normalen Wohnungen statt in Einrichtungen untergebracht werden. Neben der örtlichen muss auch die soziale Gettoisierung überwunden werden. Ein umfangreiches Angebot an qualifiziertem Sprachunterricht, die Möglichkeit des Schulbesuchs und die Arbeitserlaubnis sind hierfür die Grundlagen.
- Wir fordern die Aufkündigung der „kommunalen Sicherheitspartnerschaft“ und damit verbunden die Auflösung des kommunalen Ordnungsdienstes, dessen Aufgabe es ist, „Einsätze gegen Randgruppen“ (so die Produktbeschreibung im städtischen Haushalt) durchzuführen.
- Für Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt auf der Straße haben, ist eine verbesserte Infrastruktur zu schaffen (Duschen, Schließfächer usw.).

Bezahlbaren Wohnraum statt neuer Bürotürme

Düsseldorf gehört zu den Städten mit dem höchsten Mietniveau in der Bundesrepublik; für die nächsten Jahre erwartet der Bundesverband der Wohnungswirtschaft für Düsseldorf weiter steigende Mieten. Schon heute fehlen tausende günstiger

Wohnungen in der Stadt, die Situation wird sich in den nächsten Jahren weiter verschärfen. Zum einen läuft bei 40% der „Sozialwohnungen“ in Kürze die Mietbindung aus, zum anderen verkaufen immer mehr öffentliche Wohnungsunternehmen (LEG Wohnen, GAGFAH, Rheinbahn) ihren Mietwohnungsbestand. Hinzu kommt, dass das für die Grundsicherung zuständige Sozialamt und die ARGE immer mehr Langzeitarbeitslose zwingen will, in preiswerteren Wohnraum (den es schlichtweg nicht gibt) umzuziehen und Kosten der Unterkunft kürzt.

Auch die enorme Erhöhung der Nebenkosten (Müll, Strom, Gas) macht es für immer mehr Menschen nahezu unmöglich, in Düsseldorf eine bezahlbare Wohnung zu finden. Auf diese Entwicklungen geht die städtische Wohnungspolitik nicht ein. Sie verfolgt vielmehr das Ziel, Besserverdienenden zum eigenen Wohnraum zu verhelfen und orientiert ansonsten auf den weiteren Ausbau von Büroflächen.

Im Einzelnen fordert DIE LINKE Düsseldorf:

- Der städtische Wohnungsbestand darf nicht weiter privatisiert, die Städtische Wohnungsgesellschaft nicht verkauft werden. Stattdessen muss die Stadt durch Wohnungszukäufe (GAGFAH, LEG Wohnen) privatisierten Wohnungsbestand erwerben, um spekulative Mietsteigerungen zu verhindern.
- Preiswerter Wohnraum darf nicht weiter durch die Erteilung von Abbruchgenehmigungen vernichtet werden.
- Im Rahmen eines städtischen Wohnungsbauprogramms sind in den nächsten fünf Jahren 5.000 neue Wohnungen durch die Stadt bzw. die städtische Wohnungsgesellschaft zu bauen. Die Mieten in den städtischen Wohnungen dürfen die tatsächlichen Bau- und Unterhaltungskosten nicht überschreiten, auch, um das Mietpreisniveau generell abzusenken.
- Die Stadt muss zudem sozial ausgerichteten Wohnungsbau fördern und dafür sorgen, dass dieser ausschließlich durch gemeinnützige oder genossenschaftliche Träger realisiert wird.
- Bei der Planung neuer Wohngebiete sind alternative Energiequellen vorzusehen sowie unterschiedliche Wohnungsangebote für kinderreiche Familien, Jung und Alt, Alleinerziehende. Nötig sind barrierefreie, flexible und veränderbare Wohnungen und Häuser, in denen auch mehrere Generationen Platz finden. Ökologische und Komfort-Standards sind zu wahren.
- Im Rahmen der Genehmigung von Bauanträgen soll - soweit gesetzlich möglich - in erster Linie Geschosswohnungsbau genehmigt werden. Insbesondere

Baulücken sind zu schließen. Städtische Grundstücke dürfen nicht verkauft, sondern allenfalls in Erbpacht vergeben werden.

- Zugunsten alternativer Lebensweisen sollen städtische Objekte für gemeinnützige und selbstverwaltete Projekte weiterhin zur Verfügung stehen (Theodorstraße, Kiefernstraße, SHD-Haus) und neue Projekte gefördert werden.
- Zwangsräumungen gegen Mieterinnen und Mieter aus Armutsgründen ist entgegenzuwirken. Die Verbringung in Notunterkünfte muss verhindert werden, stattdessen ist Wohnraum zu beschlagnahmen und Belegungsrechte durch die Städtische Wohnungsgesellschaft zu erwerben. Schlichthwohnungen sind abzuschaffen.
- Es müssen Anreize für den Umbau von leerstehenden Büroflächen zu Wohnraum geschaffen werden. Weiterer Bürobau ist zu stoppen.
- Die Wohnnebenkosten sind zu senken. Dazu muss die Stadt ihre Gebühren (Müll, Straßenreinigung, Abwasser) senken.
- Eine kommunale Wohnungsvermittlung sowie ein kommunaler Wohnungsverwaltungsbetrieb sind einzurichten. Die Vergabe von Wohnberechtigungsscheinen muss kostenfrei erfolgen.
- Autofreie Wohnsiedlungen müssen geschaffen werden.

Für eine aktive Gesundheitspolitik

Die Düsseldorfer Gesundheitspolitik zeichnet sich durch Stillstand und Rückständigkeit aus: Gesundheitsvorsorge und -aufklärung, die Förderung von Selbsthilfe und ein umfassendes Verständnis von Gesundheit spielen nur eine geringe Rolle. Wir gehen davon aus, dass Gesundheit mehr ist als die Abwesenheit von Krankheit. Wie die Weltgesundheitsorganisation (WHO) definieren wir Gesundheit als „Zustand allgemeinen Wohlbefindens“. Lärmbelästigung und Arbeitslosigkeit, schlechte Wohn- und Arbeitsbedingungen sind ebenso krank machend wie Viren und Karzinome.

Mit dem Bettenabbau in allen Düsseldorfer Kliniken, der Schließung des städtischen Altenpflege-Seminars, dem Verkauf der bereits von Rot-Grün privatrechtlich organisierten Krankenhäuser in Gerresheim und Benrath zeichnet sich eine massive Verschlechterung der stationären Gesundheitsversorgung in Düsseldorf ab. Umfassende, wohnortnahe Versorgung wird noch stärker betriebswirtschaftlichen Aspekten untergeordnet werden.

Leitbild unserer Gesundheitspolitik ist die WHO-Definition für eine „Gesunde Stadt“:

„Eine gesunde Stadt verbessert kontinuierlich die physischen und sozialen Lebensbedingungen und fördert die Entfaltung gemeinschaftlicher Aktions- und Unterstützungsformen; beides mit dem Ziel, die Menschen zur wechselseitigen Unterstützung in allen Lebenslagen zu befähigen und ihnen damit die maximale Entfaltung ihrer Anlagen zu ermöglichen.“

DIE LINKE fordert für Düsseldorf:

- Gesundheitspolitik muss vergleichbar der Umwelt- und Frauenpolitik eine Querschnittsaufgabe innerhalb der Kommune werden. Alle Planungs- und Entscheidungsprozesse der Verwaltung und der Politik müssen unter gesundheitspolitischen Aspekten geprüft werden.
- Die ehemals städtischen Krankenhäuser Gerresheim und Benrath müssen von der Stadt zurückgekauft werden.
- Der notwendige Neubau des Gerresheimer Krankenhauses sollte auch zu einer strukturellen Neuorganisation der Klinik in Richtung einer Poliklinik führen.
- Die bestehenden Gesundheits-Selbsthilfeorganisationen wie die Drogen-selbsthilfe e.V. und die AIDS-Hilfe e.V. müssen weiter und dauerhaft gefördert werden. Auch andere Selbsthilfegruppen wie z. B. die „Nach-Krebs“-Gruppen müssen institutionell gefördert werden. Die Kontaktstelle für diese Gruppen muss ausgebaut werden.
- Wir fordern den Aufbau eines Frauengesundheitszentrums in autonomer Trägerschaft.
- Wir schlagen den Aufbau eines „Düsseldorfer Gesundheitshauses“ vor, in dem neben den Beratungen des Amtes auch Selbsthilfegruppen und die Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen ihren Sitz haben sollen.
- Die schulärztliche Betreuung und Aufklärung von Kindern und Jugendlichen ist auszubauen, um einerseits der Besorgnis erregenden gesundheitlichen Situation von Kindern aus einkommensschwachen Familien entgegenzuwirken und um andererseits Misshandlungen von Kindern und Jugendlichen eher feststellen zu können.

- Die Untersuchung auf krankmachende Bedingungen und Schadstoffe in Betrieben, Schulen und anderen Einrichtungen ist auszubauen. Insbesondere auf die Bedürfnisse von Flüchtlingen und MigrantInnen muss das Gesundheitsamt mit speziellen Programmen reagieren. Die Arbeit mit durch Flucht und Kriegsgefahren traumatisierten Menschen und die Hilfe für Frauen, denen Beschneidungen und Vergewaltigungen widerfahren sind, müssen einen besonderen Stellenwert erhalten. Für so genannte „Illegale“ ist die Möglichkeit einer anonymen ärztlichen Betreuung sicherzustellen.
- Drogen gebrauchende Menschen dürfen nicht weiter wie Kriminelle behandelt werden. Wir fordern den Ausbau von Drogenkonsumräumen, die kontrollierte Originalstoffabgabe an Schwerstabhängige und den Ausbau von Therapieprogrammen. All diese Programme müssen von konkreten Integrations- und Qualifizierungsprogrammen für Süchtige begleitet werden, damit diese die Chance eines Lebens außerhalb ihrer „Szene“ erhalten.
- Die medizinische Versorgung obdachloser und nicht krankenversicherter Menschen muss ausgebaut und dauerhaft abgesichert werden. Die hier bestehenden Initiativen sind stärker zu fördern. Über die Notversorgung hinaus ist hier insbesondere in den Bereich der medizinischen Vorsorge und Aufklärung zu investieren.

II. Für eine ökologische und nachhaltige Stadtentwicklung Stadtplanung im Interesse der Menschen

Der Rat der Stadt Düsseldorf verzichtet bislang auf eine eigenverantwortliche und kreative Planungspolitik und erlaubt statt dessen Spekulanten und Investoren die rücksichtslose Umsetzung ihrer Projekte. Wir meinen, Stadtplanung darf nicht durch Profitinteressen bestimmt werden, sondern muss sich an folgenden grundsätzlichen Vorgaben orientieren: der sozialen Verantwortung gegenüber allen Einwohnerinnen und Einwohnern, insbesondere gegenüber Kindern, Frauen, Behinderten und SeniorInnen; der nachhaltige Nutzung aller Flächen, Bauten und Wege im Stadtgebiet und der Bereitschaft, Einwohnerinnen und Einwohner demokratisch an den sie betreffenden Entscheidungsfindungen zu beteiligen.

Noch sind nicht alle gewachsenen Strukturen in der Stadt zerstört, noch nicht alle Menschen mit niedrigem Einkommen verdrängt. Die weitere Planung muss dafür

sorgen, dass gewachsene Strukturen der Stadtteile erhalten bleiben. Düsseldorf muss insgesamt zu einer Stadt der kurzen Wege werden, in der Wohnen, Spielen und Arbeiten, Einkaufen und Freizeit, Kultur und Bildung nah beieinander und miteinander verzahnt sind.

Eine weitere Versiegelung von Böden muss weitestgehend verhindert werden. Insbesondere an Schulen und im Innenstadtbereich müssen Entsiegelungsmaßnahmen zügig eingeleitet bzw. ausgebaut werden. Sichergestellt werden muss, dass die Summe der entsiegelten Flächen jährlich größer, die versiegelten kleiner werden. Grundsätzlich ist das Recycling von bebauten Flächen der Ausweisung unverbrauchten Bodens als Bauland vorzuziehen.

Das von der Ratsmehrheit verabschiedete Stadtentwicklungskonzept STEK 2020+ lehnen wir ab. Es orientiert sich ausschließlich an Wirtschaftsinteressen und an dem Ziel, die EinwohnerInnenzahlen zu steigern.

- Öffentliche Gebäude müssen öffentlich nutzbar sein und dürfen - ebenso wie städtische Grundstücke - nicht verkauft werden.
- Die Interessen privater Investoren dürfen nicht den Denkmalschutz verdrängen.
- Eine Minderung des privaten Kraftfahrzeugverkehrs, bessere Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr und der Vorrang von FußgängerInnen müssen Leitbild der weiteren Stadtplanungspolitik werden.
- Die Planungen zum Kö-Bogen lehnen wir ab. Die Bebauung des Jan-Wellem-Platzes muss verhindert werden, Statt der geplanten Verkehrstunnel muss ein Verkehrskonzept entwickelt werden, mit dem die falsche Auto-Vorrang-Politik beendet und Verkehr aus der Innenstadt herausgehalten wird. Den Abriss des Tausendfüßlers im Zusammenhang mit den geplanten Tunneln lehnen wir ab.
- Die schon praktizierten Anhörungen bei einzelnen Planungsvorhaben müssen besser publik gemacht werden, damit mehr Menschen sich daran beteiligen. Vorschläge der EinwohnerInnen müssen wirklich mit aufgenommen und in die Planung einbezogen werden. Anhörungen dürfen nicht weiter zu einer bürokratischen Farce verkommen.
- Wir treten für die Einrichtung von „PlanerInnenläden“ in den Stadtbezirken ein, denen eine neu einzurichtende Arbeitsgruppe beim Städtischen Grünflächenamt angegliedert werden soll. Hier sollen konkrete Verbesserungen des

Wohnumfeldes mit den Einwohnerinnen und Einwohnern vor Ort entwickelt und umgesetzt werden (Innenhof- und Hausbegrünung, Entsiegelung städtischer Grundstücke und Wege, Sanierung und Ausbau von Kinderspielplätzen).

Für eine ökologische Verkehrswende

Eine jahrzehntelange am Pkw-Verkehr orientierte Verkehrspolitik hat in Düsseldorf wie in anderen Städten dazu geführt, dass sich weder Fußgänger noch Radfahrer noch Autofahrer und schon gar nicht die Anwohner von Verkehrsstraßen wohl fühlen: Grüne Welle haben - wenn überhaupt - nur die Autos. Es macht auch keinen Spaß, an den oft vierspurigen, stinkenden und lärmenden Straßen zu Fuß zu gehen. Kinder sind extrem gefährdet. Nutzbare Radwege gibt es kaum, geschweige denn ein geschlossenes Radwegenetz. Die Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs ist u.a. durch Verspätungen, mangelnde Taktdichte, lange Wartezeiten beim Umsteigen usw. beeinträchtigt. Ein Verzicht auf das Auto fällt daher immer noch vielen schwer. Wir sind dagegen, die Radfahrer gegen die Autofahrer, die Autofahrer gegen die Fußgänger, die Fußgänger wieder gegen die Radfahrer usw. auszuspielen.

- Wenn unsere Stadt als Lebensraum attraktiver werden soll, müssen Verkehrswege und Anbindungen für alle so gestaltet sein, dass zumindest die meisten Besorgungen und Wege auch ohne Auto möglich sind.
- Das Verkehrsnetz des ÖPNV muss ausgebaut werden. Insbesondere müssen die Stadtteile besser miteinander verbunden werden. Die U79 muss endlich zur Universität hin verlängert werden, die Linien 701 und 708 bis zur Theodorstraße.
- Die Taktzeiten des ÖPNV müssen verkürzt werden. Eine bessere Anbindung und Abstimmung mit Anschlusszügen, -bahnen oder -bussen muss erfolgen. Auch der Nachtverkehr muss weiter ausgebaut werden. Die lang geplanten Maßnahmen zur Beschleunigung des Nahverkehrs müssen zügig umgesetzt werden (Ampelvorrangschaltungen, Busspuren, Straßenbahnlinien mit eigener Trasse). Rasengleise müssen bei neuen Bauvorhaben und Renovierungen zur Regel werden.
- Der Allgemeine Deutsche Fahrradclub (ADFC) und der Verkehrsclub in Deutschland (VCD) müssen in die Düsseldorfer Verkehrspolitik frühzeitig einbezogen werden.
- Die Stadt Düsseldorf muss sich bei der Deutschen Bahn und dem Verkehrs-

verbund Rhein Ruhr dafür einsetzen, dass die S-Bahn-Haltestellen zügig instandgesetzt und zu Servicestationen (z.B. mit Fahrradstationen) ausgebaut werden.

- Es müssen Schließfächer an zentralen U-Bahn, Bus- und Straßenbahnhaltestellen errichtet werden, damit das Einkaufverhalten nicht zur Qual wird und die Möglichkeit besteht, Taschen dort zwischenzulagern.
- Alle Busse, Bahnen und Haltestellen müssen barrierefrei sein. Die Niederflerbusse werden selten bzw. nur auf wenigen Strecken eingesetzt. Die Umstellung auf Niederflerbusse und -bahnen ist kurzfristig abzuschließen. Der Umbau von Haltestellen muss schneller erfolgen.
- Sichteinschränkende Werbung an Fenstern von Bussen und Bahnen lehnen wir ab.
- Fußgängerüberwege müssen sicherer werden.
- Um Busse und Bahnen zu beschleunigen, sind Busspuren einzurichten und Ampelvorrangschaltungen für Busse und Bahnen einzuführen. Auf Straßenbahntrassen darf es keine Linksabbiegespuren für Kfz mehr geben.
- Die Einnahmen durch Knöllchen und Parkgebühren müssen ausschließlich zur Förderung des ÖPNV verwendet werden. Weitere Gebührenerhöhungen lehnen wir ab, weil Verkehrsfluss nicht durch soziale Ausgrenzung erreicht werden kann. Vielmehr muss sichergestellt werden, dass im Stadtkern keine weiteren Parkmöglichkeiten mehr geschaffen werden.
- Den Neubau und Ausbau von Hauptverkehrsstraßen (L404n, Basisstraße Heerdt, Entlastungsstraße Derendorf, Osttangente/Ortumgehung Flingern usw.) lehnen wir ab, da diese Planungen an den Bedürfnissen der Allgemeinheit vorbeigehen und nur weiteren Individualverkehr in die Stadt ziehen und somit kontraproduktiv zu den Bemühungen der Verbesserungen im Umweltschutz, bei der Luftbelastung und der Gefahrenabwehr für Kinder im Straßenverkehr sind.
- Die geplante neue Messelinie (U81) lehnen wir wegen der hohen Kosten als U-Bahn ab. Eine Verlängerung der bisher die Messe bedienenden Linien bis zur Stadthalle wäre sinnvoll.
- Eine neue Rheinbrücke (Verbindung Lörick-Messe) lehnen wir ab.
- Das Radwegenetz in Düsseldorf muss flächendeckend und mit eigenen Spuren ausgebaut werden.

- Wir fordern den Ausbau von Fahrradstationen und attraktiven Fahrradabstellanlagen an wichtigen Punkten im Stadtgebiet.
- Mittelfristig ist das Falschparken auf Gehwegen, Radwegen und an Straßenbahn- und Bushaltestellen durch geeignete Maßnahmen einzudämmen.
- Weitere Parkmöglichkeiten im Stadtkern dürfen nicht mehr geschaffen werden. Vielmehr müssen sichere Parkmöglichkeiten an Orten geschaffen werden, von denen aus die Innenstadt zügig mit dem ÖPNV erreichbar ist (z.B. nördlicher Zubringer, Lohausen, Südbrücke, A46 und A59). An diesen Punkten müssen attraktive Anbindungen an den ÖPNV geschaffen werden, um BerufspendlerInnen zum Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr zu bewegen.
- Initiativen wie CarSharing oder Stadtauto, durch die einzelne Kfz durch mehrere EinwohnerInnen genutzt werden können, sollen kommunal gefördert werden. Ein öffentliches „bike-sharing“ ist einzuführen.
- In den Wohngebieten muss flächendeckend Zone 30 eingeführt werden. Die Stadtviertel sind weiter zu beruhigen, Schleichwege zu stoppen. Mehr Spielstraßen und autofreie Zonen müssen ausgewiesen werden
- Zwischen Stadtverwaltung, Speditionen und Einzelhandel ist das Projekt CityLogistik zur Verminderung des Güterverkehrs in der Innenstadt wiederzubeleben und zu fördern.
- Der Flugverkehr in Düsseldorf hat sich stetig erhöht, die Lärmbelästigung ist für die AnwohnerInnen der angrenzenden Ortsteile nicht mehr tragbar. Aus ökologischer Sicht kann die enorme Belastung nicht verantwortet werden. Die Abschaffung der Kurzstreckenflüge (bis 600 km) vom Düsseldorfer Flughafen aus ist mittelfristig machbar. Einen weiteren Ausbau des Flughafens und eine Erhöhung der Flugbewegungen lehnen wir entschieden ab.
- Das Nachtflugverbot am Flughafen muss erhalten und endlich konsequent umgesetzt werden.

Umweltschutz durchsetzen

- Umweltschutz muss Bestandteil aller Aktivitäten von Stadt und Verwaltung werden. Dazu gehören in erster Linie die zügige Erstellung des Altlastenkatasters, der Baumschutzsatzung, des Gebäude-Checks sowie die Umstrukturierung der Sammelsysteme. EinwohnerInnen und BürgerInnen müssen in

Umweltschutzfragen umfassend von der Stadt beraten werden. Die Abfallberatung ist deshalb wieder in die Stadtverwaltung einzugliedern und das Personal entsprechend aufzustocken.

Die Inbetriebnahme der CO-Pipeline der Bayer-Werke von Dormagen nach Uerdingen muss verhindert werden. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass die Stadt Düsseldorf mit allen ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten gegen dieses gefährliche Objekt vorgeht.

Die Düsseldorfer Landschaftsschutzgebiete sind stärker zu schützen (Urdenbacher Kämpe, Elbsee).

In den einzelnen Bereichen der Umweltpolitik fordert DIE LINKE:

Energiepolitik

- Die Stadtwerke dürfen nicht weiter privatisiert werden, sondern müssen langfristig wieder in den Besitz der Stadt zurückgeführt werden, um eine eigenständige kommunale Ver- und Entsorgungsverantwortung zu gewährleisten.
- Das geplante Kohlekraftwerk in der Lausward darf nicht gebaut werden.
- Die Eigenstromgewinnung durch regenerative Energien muss Ziel der Energiepolitik der Stadtwerke werden. Der Zukauf von Atomstrom muss kurzfristig unterbunden werden.
- Der Ausbau von Solaranlagen und Windrädern ist zu forcieren und die durch das Land ausgewiesenen Windparkflächen zügig mit Rotoren zu bestellen, um den Anteil an regenerativen Energien bei der Stromerzeugung zu erhöhen.
- Der Bau von Blockheizkraftwerken, Biogasanlagen (durch Kompostieranlagen), geothermische Anlagen und das Fernwärmenetz müssen ausgebaut werden. Es ist auf eine dezentrale Energieversorgung zu orientieren.
- Die Stadt muss ihren Gebäudebestand umfassend und zügig energetisch sanieren. Ein entsprechender Masterplan ist zu entwickeln.
- Die Tarifstruktur der Stadtwerke muss dahingehend geändert werden, dass Energie sparen belohnt wird und nicht bei großer Abnahme Rabatte gewährt werden. Die Tarifstruktur muss lastabhängig gestaltet werden. Preissenkungen – z.B. witterungsbedingt – an der Strombörse müssen an die VerbraucherInnen weitergegeben werden.

- Für den Umbau von Nachtspeicheröfen auf andere Heizsysteme müssen die Stadtwerke das Entsorgungsproblem lösen.
- Um eine effiziente Energieeinsparung zu fördern, wird die kostenlose Energieberatung auf alle Haushalte ausgedehnt. Sie muss von tariflich beschäftigten städtischen Angestellten durchgeführt werden.

Müllpolitik

- Ziel der Müllpolitik von Stadt und Awista muss die Müllvermeidung sein. Im Einzelnen fordert die DIE LINKE:
- Die Umwandlung der AWISTA in eine GmbH ist zurückzunehmen, da die Erfahrung gezeigt hat, dass sämtliche avisierten Finanzvorteile aus diesem Deal nicht eingetreten sind, sondern zu weiteren erheblichen Gebührensteigerungen bei der Stadtreinigung und der Müllabfuhr geführt haben. Jegliche weitere Form der Privatisierung oder Zusammenschlüsse mit privaten Unternehmen sind deshalb abzulehnen. Nicht nur die Ereignisse um den Bau der Müllverbrennungsanlage in Köln, sondern auch zahlreiche Ermittlungen wegen krimineller Machenschaften im Müllbereich und beim Dualen System Deutschland (DSD) zeigen, dass es unerlässlich ist, stadteigene Betriebe zu erhalten und die Unabhängigkeit städtischer Müllpolitik zu gewährleisten. Auch deshalb ist ein langfristiger Ausstieg der Stadt Düsseldorf aus dem DSD über den Deutschen Städtetag anzuregen.
- Das Mindestabnahmevermögen beim Hausmüll muss in der Abfallsatzung gestrichen werden.
- Flächendeckende Einführung der kostenlosen Bio-Tonne (wenn nicht eigenkompostiert wird).
- Ausbau der Recyclinghöfe zu echten Wertstoff-Sammelstellen mit Öffnungszeiten, die auch berufstätigen Menschen die Abgabe von Wert- und Schadstoffen ermöglichen. Die Schließung von Recyclinghöfen ist rückgängig zu machen.
- Langfristiger Rückbau der Müllverbrennungsanlage, da sie bei einem geringem Müllaufkommen nicht mehr ausgelastet ist, und Planung einer biologisch-technischen Müllverwertungsanlage.

Wasser / Abwasser

- Das Programm zur Regenwasserversickerung muss ausgeweitet und entbürokratisiert werden, damit es attraktiver wird. Jeweilige generelle Schutzvorschriften sind im Einzelfall zu überprüfen.
- Die Renaturierung, Entschlammung und Säuberung der Bäche und Teiche auf Düsseldorfer Stadtgebiet muss vorangetrieben werden.
- Das Entsiegelungsprogramm muss ausgebaut werden. Der Stadtrat soll endlich Entsiegelungsmaßnahmen auf Basis des vorliegenden Konzeptes des Umweltamtes beschließen.

Klima/Luftverschmutzung/Lärm

- Der Kfz-Verkehr in Düsseldorf verursacht einen großen Anteil der Luftverschmutzung. Von daher muss mit allen Mitteln versucht werden ihn zu reduzieren. Das gesamte Stadtgebiet muss zur Umweltzone werden.
- Der Einsatz von gasbetriebenen Bussen muss gefördert werden, ebenso der Einsatz von gasbetriebenen Kraftfahrzeugen des Handwerks und ggf. deren Umrüstung.
- Der Flughafen trägt maßgeblich zur Lärm- und Umweltbelastung in Düsseldorf bei. Deshalb sind „Krachmacher“ und „Dreckschleudern“ von Starts und Landungen auszuschließen. Wenn schon auf Flüge nicht gänzlich verzichtet werden kann, müssen zumindest die Umweltbelastungen auf ein Minimum reduziert werden.
- Die Stadt muss Fördermittel für Dach- und Fassadenbegrünungen bereitstellen. Das ist gut für Kleinklima und Kleinlebewesen und entlastet die Kanalisation. Allgemein sind alle städtischen Grünflächen als Naherholungsraum auszubauen und deren Pflege zu intensivieren. Hierbei sind vor allem ökologisch hochwertige Flächen zu bewahren und ggf. zu schaffen, da diese Flächen zum Erhalt der Artenvielfalt beitragen.

III. Eine andere Politik ist möglich – Querschnittsaufgaben linker Kommunalpolitik

Geschlechtergerechtigkeit herstellen

Frauenpolitik muss alle Bereiche politischen Denkens und Handelns bestimmen. Dank der Frauenbewegung, dank des Engagements vieler Frauen, konnten Verbesserungen erreicht werden. Vor allem ist das öffentliche Bewusstsein sensibilisiert worden. In den Kernfragen der Gleichstellung von Frauen hat sich jedoch viel zu wenig bewegt, gibt es gar rückläufige Entwicklungen: Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit wird vielen Frauen immer noch verwehrt. Von erreichter Gleichstellung und Emanzipation kann aber erst dann die Rede sein, wenn freie Entfaltung und eigenständige Existenzsicherung selbstverständlich sind.

Selbstbestimmte Entscheidungsmöglichkeit bei einer Schwangerschaft ist nach einem halbherzigen Anlauf in den 70ern dann gründlich wieder umgekehrt worden. Häusliche Gewalt hat trotz aller Frauenförderprogramme noch Konjunktur. Gewalt gegen Frauen ist nach wie vor alltäglich. Alleinerziehende Frauen haben es häufig besonders schwer. Kinder und Berufstätigkeit vereinbaren zu können, hängt insbesondere von den Betreuungsmöglichkeiten, einem guten Angebot an Tageseinrichtungen für Kinder und Ganztagschulen ab. Dieses Angebot ist in Düsseldorf immer noch zu gering und wird in Bezug auf Qualität nur halbherzig weiterentwickelt. Vor allem fehlen Plätze für Kinder bis zu 3 Jahren und für Schulkinder. Das ist eine Ursache dafür, dass es immer noch die Frauen sind, die häufiger einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen, viele sind auf geringfügige Beschäftigungsverhältnisse ohne Versicherungsschutz angewiesen. Hier trägt die Kommune große Verantwortung, auch durch ihre Privatisierungspolitik. Wir meinen: Kommunalpolitik hat im Interesse der Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt zu stehen und nicht im Interesse der Konzerne.

Insbesondere fordert DIE LINKE:

- Ein Frauenarmutsbericht sollte mindestens alle drei Jahre herausgebracht werden. Der letzte Bericht ist elf (!) Jahre alt.
- Ein Frauen-Lagebericht, der ebenfalls in einem Drei-Jahres-Rhythmus erscheinen sollte, muss die Situation der Frauen in Düsseldorf in den verschiedenen Bereichen (Bildungs- und Arbeitsbereich, die Einkommenssituation, Gewalt an Frauen, Kapazitäten und Auslastung von Frauenhäusern und Beratungsstellen)

len, Situation von alleinerziehenden Frauen, Situation von Seniorinnen, usw.) mit konkreten Handlungs- und Verbesserungsperspektiven aufzeigen.

- Die Stadt fördert Projekte in den Schulen, die sich mit der Geschlechtergleichheit auseinandersetzen, um schon frühzeitig ein Bewusstsein sowohl für Mädchen als auch Jungen in dieser Frage zu entwickeln. Auch sollen Möglichkeiten für die Fortbildung von Lehrkräften und ErzieherInnen in dieser Frage geschaffen werden, damit eine bewusste geschlechtergerechte Erziehung gesichert ist.
- Bei der Namensgebung von öffentlichen Stellen (Strassen, Gebäuden, Brücken etc) sollten solange nur Frauen berücksichtigt werden, bis ein Gleichgewicht hergestellt ist.
- Die Frauen- und Mädchenprojekte in Düsseldorf müssen langfristig gesichert und gefördert werden.
- Für Migrantinnen und weibliche Flüchtlinge sind spezielle Angebote der psychosozialen und gesundheitlichen Beratung sowie soziale Hilfen zu entwickeln.
- Die Betreuung der Opfer von Frauenhandel muss ausgebaut und stärker gefördert werden.
- Ein Frauengesundheitszentrum in autonomer Trägerinnenschaft muss aufgebaut werden. Auch hier müssen die Lebenssituationen von Migrantinnen und Flüchtlingen speziell berücksichtigt werden.
- Ausbau der Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen, die Frauen das Recht auf selbstbestimmte Entscheidung ermöglichen.
- Aufstockung des kommunalen Sonderprogramms für Schwangere.
- Die Düsseldorfer Frauenhäuser müssen räumlich und personell ausgebaut werden.
- Mit einer kommunalen Kampagne muss zur öffentlichen Ächtung der Gewalt gegen Frauen beigetragen werden.
- Die öffentlichen Verkehrsangebote müssen so verbessert und ausgebaut werden, dass sich Frauen und Mädchen entsprechend ihrem Bedarf und Lebensalltag Tag und Nacht sicher durch die Stadt bewegen können.
- Der Frauenförderplan der Verwaltung muss konsequent umgesetzt und weiter entwickelt werden. Auf Betriebe mit städtischer Beteiligung ist in diesem Zusammenhang entsprechend einzuwirken.

- Statt Privatisierung müssen Frauenarbeitsplätze mit sozialer Absicherung in kommunaler Trägerschaft erhalten und ausgebaut werden. Entsprechende Maßstäbe müssen an Betriebe, die in Düsseldorf angesiedelt sind oder werden, angelegt werden.

Kommunalfinanzen verbessern

Trotz der durch die Bundes- und Landesregierung betriebenen Politik des Ausblutens der Städte und Gemeinden weist die Stadt Düsseldorf auf den ersten Blick eine gute finanzielle Situation auf. Ursächlich hierfür sind allerdings die einmaligen Erlöse und Einsparungen aus Privatisierungen (Stadtwerke, AWISTA, Kunsthalle), dubiose Geschäftspraktiken (Cross-Border-Leasing) und Ausgliederungen (Gebäudereinigung, Krankenhäuser) sowie die massiven Einsparungen im Bereich des städtischen Personals (z.B. durch Erhöhung der Gruppengrößen in Kindergärten, Tarifflicht und hunderte unbesetzter Stellen).

Wir treten für eine grundlegend andere Finanzpolitik ein:

- Der Rat der Stadt Düsseldorf muss massiv für eine grundlegende Gemeindefinanzreform auf Bundesebene eintreten, die die Handlungs- und Entscheidungsspielräume der Kommunen vergrößert. Ein größeres Engagement im Städte- und Gemeindebund ist hierzu ebenso notwendig wie eine enge Zusammenarbeit mit den Kommunen der Region.
- Die Gewerbesteuersätze dürfen keinesfalls weiter gesenkt werden, sie sind vielmehr schrittweise zu erhöhen, um insbesondere die Konzerne stärker an der Finanzierung kommunaler Aufgaben zu beteiligen.
- Die Privatisierungspolitik muss ein Ende haben. Andernfalls droht die Verschleuderung weiteren städtischen Eigentums wie z.B. von Wohnungen und der Stadtparkasse.
- Mit dem Ziel des Schuldenabbaus wurden Stadtwerke, RWE-Aktien und Krankenhäuser verkauft. Mittel- und langfristig begibt sich die Stadt damit aber ihrer Einflussmöglichkeiten in zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Deshalb müssen Stadtwerke, Krankenhäuser und AWISTA vollständig rekommunalisiert werden. Insbesondere die „Option“ zum völligen Verkauf der Stadtwerke darf nicht angenommen werden.

- Die seit 1997 von SPD und Grünen eingefädelt und von CDU und FDP unterstützten so genannten „Cross-Border-Leasing“-Geschäfte mit US-Fonds (Verkauf und Rückmietung von Straßenbahnen, Müllverbrennung, Kanalisation) müssen beendet und zurückgenommen werden. Die Stadt hat sich durch diese Geschäfte an einer legalen Politik der Steuerhinterziehung beteiligt.
- Die Stadtparkasse muss wirklich dem Gemeinwohl verpflichtet sein. Für die Stadtparkasse Düsseldorf als Unternehmen mit kommunaler Beteiligung darf nicht die Profitmaximierung oberstes Ziel sein. Vielmehr muss die Stadtparkasse sich ihrer Verpflichtung für das Gemeinwohl stärker bewusst werden. Die Spielräume des Sparkassengesetzes zur Verwendung der Überschüsse für gemeinnützige Zwecke müssen ausgeschöpft werden.
- Investitionen in kommunale Aufgaben, die Vergabe zinsgünstiger Darlehen an die Kommune und für genossenschaftliche und gemeinnützige beschäftigungsfördernde Projekte müssen im Mittelpunkt der Unternehmensphilosophie der Stadtparkasse stehen.
- Die Stadt Düsseldorf soll dazu verpflichtet werden, ihre Geldgeschäfte nicht länger mit Bankkonzernen wie der Dresdner Bank oder der Deutschen Bank durchzuführen, sondern mit der Stadtparkasse und am Gemeinwohl orientierten Banken (Bank für Sozialwirtschaft, Ökobank).
- Die Höhe der finanziellen Rückstellungen der Unternehmen mit kommunaler Beteiligung ist politisch darauf zu prüfen, ob Überschüsse ausreichend an den kommunalen Haushalt abgeführt werden.

Für den Ausbau kommunaler Demokratie

Die Bürgerbegehren zur Rettung des Golzheimer Friedhofes und gegen den Verkauf des Jan-Wellem-Platzes haben gezeigt, dass die EinwohnerInnen ein hohes Interesse an kommunalpolitischen Entwicklungen haben und sich nicht alles gefallen lassen. Die Stadtverwaltung hat diese Bürgerbegehren und –entscheide nicht nur politisch bekämpft sondern auch denunziert und mit bürokratischen und formalen Hürden erschwert und ausgetrickst.

DIE LINKE hat bereits unter Beweis gestellt, dass für sie die Demokratisierung der Gesellschaft kein Schlagwort, sondern ein Weg hin zu einer besseren Politik ist. Dazu ist ein Ausbau der Mitwirkungsmöglichkeiten der EinwohnerInnen auch außerhalb formalisierter Verfahren notwendig.

Perspektiven für die Demokratisierung in Düsseldorf sieht DIE LINKE vor allem in folgenden Bereichen:

- Vereine, Institutionen und Initiativen müssen in die Entwicklung der „Politik vor Ort“ ebenso stärker einbezogen werden wie Betriebsräte, Schulkonferenzen und andere gesellschaftliche Gruppen sowie die EinwohnerInnen. Notwendig sind hierzu mindestens halbjährlich stattfindende „Kommunalpolitische Konferenzen“ auf Stadtebene.
- In den Stadtteilen müssen regelmäßig, mindestens vierteljährlich, EinwohnerInnen-Versammlungen zu kommunalen Fragen eingeführt werden, die auch eigene Entscheidungskompetenzen besitzen. In diesem Zusammenhang müssen auch die Bezirksvertretungen gestärkt werden.
- Perspektivisch müssen die Konferenzen über grundlegende Fragen des städtischen Haushaltes entscheiden können, wie es in anderen Ländern und Städten bereits möglich ist (vorbildhaft ist das Modell des Beteiligungshaushalts im brasilianischen Porto Alegre).
- Über den Agenda21-Prozess müssen die EinwohnerInnen noch direkter und genauer informiert werden. Die Ergebnisse der einzelnen Arbeitsgruppen müssen zudem schneller und umfassender in die Realität umgesetzt werden. Sinnvolle Vorschläge, die auf Jahre nur Vorschläge bleiben, entmutigen die Menschen. Zudem muss durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit und die Aufstockung der Personal- und Sachmittel dazu beigetragen werden, dass mehr Menschen den „Agenda-Prozess“ tragen.
- Bürgerbegehren und Bürgerentscheide müssen von der Verwaltung aktiv unterstützt und nicht – wie bisher – behindert werden. Insbesondere muss die Abstimmung per Brief bei Bürgerentscheiden portofrei möglich sein.
- Auch unterhalb der Bürgerbegehren müssen durch EinwohnerInnenbefragungen die Mitwirkungsmöglichkeiten gestärkt werden. Zudem sind durch den Stadtrat zu zentralen Fragen der zukünftigen Stadtentwicklung Ratsbürgerentscheide zu initiieren.
- Der an anderen Stellen dieses Programms beschriebene geforderte Ausbau von Stadtteilbüros, PlanerInnenläden und Bürgerzentren sowie die Öffnung öffentlicher Gebäude (z.B. Schulen) für Veranstaltungen und Begegnungen erhöhen auf niedrigrschwelliger Ebene die Möglichkeiten der Beteiligung der EinwohnerInnen an der Entwicklung ihrer Stadt.

IV. Global denken, lokal handeln!

Faschismus ist keine Meinung – sondern ein Verbrechen

Die aus öffentlichen Mitteln finanzierte „Mahn- und Gedenkstätte“ in der Mühlenstraße und einzelne Gedenkveranstaltungen der Stadt Düsseldorf sind begrüßenswerte Schritte zu einer antifaschistischen Stadtpolitik. Allerdings versuchen Rat und Verwaltung der Stadt Düsseldorf, es dabei auch bewenden zu lassen. Wir halten demgegenüber eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus für notwendig, um unsere daraus erwachsene besondere Verantwortung und Wachsamkeit gegenüber allen Formen undemokratischen, friedensfeindlichen und ausgrenzenden, insbesondere antisemitischen und rassistischen Verhaltens zu erhalten und zu stärken. Wir halten es für notwendig, an die Düsseldorfer Opfer der faschistischen Politik zu erinnern und gleichzeitig dem Neofaschismus entschieden entgegenzutreten. Insbesondere fordert DIE LINKE:

- Eine unabhängige Forschungsstelle „Zur Verflechtung von Industrie und Politik im Nationalsozialismus“ muss in Düsseldorf eingerichtet werden. Hier soll die enge Verquickung der mächtigen Industriebosse mit den nationalsozialistischen Machthabern aufgearbeitet werden, die durch Hitlers Rede vor dem Düsseldorfer Industrieclub 1932 für immer mit den Namen der Stadt Düsseldorf verbunden sein wird. Zur Finanzierung der Forschungsstelle sollen insbesondere die Nachfolgekonzerne der Teilnehmer am Düsseldorfer Industriecub aufgefordert werden.
- Straßen, die nach Wegbereitern der Nationalsozialisten benannt sind, so z. B. die „Kruppstraße“ und die neu errichtete „Rheinmetall-Allee“, müssen umbenannt werden. Ebenso Strassen, die nach Nazi-Größen benannt sind (Erich-Hoepner Straße). Mit den Folgekosten der Umbenennung dürfen nicht die in den betroffenen Straßen wohnenden EinwohnerInnen belastet werden. Benannt werden sollten die Straßen nach antifaschistischen Widerstandskämpferinnen und NS-Verfolgten aus Düsseldorf, die auch bei der Neubenennung von Straßen zu berücksichtigen sind.
- Die Mahn- und Gedenkstätte Mühlenstraße muss ausgebaut werden. Insbesondere die Dokumentation von Erinnerungen der Überlebenden und Erinnerungen an die ermordeten Opfer des Nationalsozialismus und der WiderstandskämpferInnen aus Düsseldorf muss stärker gefördert und zügig angegangen werden. Auch ständige Ausstellungen z. B. zur Verfolgung von Homosexuellen und von Sinti und Roma sind stärker zu fördern und dürfen nicht von privaten Spenden abhängig sein.

- Eine Querschnittsgruppe „Antifaschistische Bildung“ in der Düsseldorfer Stadtverwaltung muss eingerichtet werden. Hier sollen, unter Einbeziehung Außenstehender (Antifa-Gruppen, SchülerInnenvertretungen, usw.), Konzepte zur Jugend und Erwachsenenbildung erarbeitet und umgesetzt werden.
- Antifaschistische Initiativen, die in Düsseldorf eine anerkannte vorbildliche Aufklärungsarbeit leisten, sind finanziell zu unterstützen. Konsequenterweise unterstützt werden müssen antifaschistische Aktivitäten von Einwohnerinnen, z. B. durch die Bereitstellung städtischer Infrastruktur für Gedenkveranstaltungen, Kundgebungen u. ä..
- Der Kriminalisierung von Antifaschistinnen und Antifaschisten muss die Stadt mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzutreten.
- Die Stadtverwaltung muss in einem jährlichen Bericht über ihre antifaschistischen Aktivitäten berichten und neofaschistische, antisemitische und rassistische Aktivitäten dokumentieren.
- Ein entschiedenes Eintreten gegen neofaschistische Aktivitäten seitens der Stadtverwaltung und des Rates ist von Nöten: keine Vermietung von städtischen Räumen an neofaschistische und rechtsextreme Organisationen, keine Duldung von neofaschistischen Aktivitäten städtischer Angestellter, keine städtischen Gelder für Firmen, Vermieter und Vereine, die neofaschistische Betätigungen fördern oder dulden.
-

Kommunale Friedenspolitik statt Waffen aus Düsseldorf

Auch in der in den 80er Jahren zur „atomwaffenfreien Zone“ erklärten Stadt Düsseldorf finden der steigende Einsatz der Bundeswehr in Kriegs- und Krisengebieten, die politische Unterstützung ausländischer Kriegseinsätze und weltweite Rüstungsexporte ihren Niederschlag. Militärische Übungen, Flughafen und Rheinmetall dienen der Durchsetzung einer Politik, die wir entschieden ablehnen. Deshalb arbeiten wir aktiv mit in der Düsseldorfer Friedensbewegung. Aufgabe der Düsseldorfer Politik muss es werden, dem zunehmenden Militarismus in unserer Gesellschaft entgegenzuwirken und Friedensengagement zu fördern. Verhindert werden muss, dass auch aus unserer Stadt heraus Waffengeschäfte abgewickelt, Kriegsplanungen geführt und Menschen in Kriege geschickt werden.

Im Einzelnen fordern wir:

- Die NATO darf nicht in ihrer Kriegspolitik unterstützt werden: öffentliche Räume und Infrastruktur dürfen der NATO in Düsseldorf nicht zur Verfügung gestellt werden.
- Die Stadt Düsseldorf als Anteilseigner des Flughafens muss darauf hin arbeiten, dass über diesen keine militärischen Transporte und kein Transport von Waffen möglich sind.
- Kriegsflüchtlinge müssen dabei unterstützt werden, auch in Düsseldorf gegen den Krieg in ihrer Heimat zu arbeiten und öffentlich über ihre Kriegserlebnisse zu berichten. Die Stadt Düsseldorf sollte sich explizit zur Aufnahme ausländischer KriegsdienstverweigerInnen bereit erklären.
- Der Abschiebung von Flüchtlingen in Kriegsgebiete vom Düsseldorfer Flughafen aus muss die Stadt mit allen Mitteln entgegenwirken.
- Das „Düsseldorfer Friedensforum“ ist in seiner Arbeit finanziell und organisatorisch zu unterstützen.
- Es darf keine Produktion von Rüstungsgütern in Düsseldorf geben, entsprechende Konversionsprogramme müssen auch aus der Kommune heraus entwickelt werden.
- An Schulen und in Jugendzentren müssen Beratungen über die Möglichkeiten der Kriegsdienstverweigerung gestattet und gefördert werden.
- Öffentliche Gelöbnisse der Bundeswehr müssen durch eine entsprechende Resolution des Rates der Stadt in Düsseldorf ebenso ausgeschlossen werden wie andere Militärspektakel (z. B. Flugschauen).
- Eine logistische Unterstützung militärischer Manöver im Stadtgebiet darf es nicht geben. Die Stadt muss sich mit allen rechtlichen und politischen Mitteln dagegen wehren, dass in Düsseldorf Krieg gespielt werden darf.
- Die 1999 von CDU und GRÜNEN „Rheinmetall-Allee“ benannte Straße muss umbenannt werden. Generell müssen zahlreiche Straßen, die nach Kolonialisten, Militaristen, Nazis und Nutznießern des Krieges benannt sind, umbenannt werden.
- Kriegsverherrlichende Denkmäler müssen durch städtisch finanzierte Kunstaktionen in „DENK MAL!“-Orte umgewandelt werden.

V. Bildung für alle

Gleiche Chancen in der Bildung schaffen

Auch wenn die wichtigsten schulpolitischen Kompetenzen bei der Landesregierung liegen, hat die Stadt Düsseldorf erhebliche Einflussmöglichkeiten. PISA-Studie und auch der OECD-Vergleich haben gezeigt, dass für unterschiedliche Bildungsergebnisse in erster Linie, aber nicht nur, strukturelle Unterschiede verantwortlich sind. Wir treten deshalb für ein integriertes Ganztagschulsystem („Eine Schule für alle“) von der 1. bis zur 10. Klasse ein. Dies umfasst auch die integrative Beschulung von allen behinderten SchülerInnen und Schülern in das Regelschulsystem. Auf städtischer Ebene müssen bereits jetzt alle Möglichkeiten geschaffen werden, das mehrgliedrige Schulsystem aufzuweichen.

Düsseldorf ist mit der Heinrich-Heine-Universität, der Fachhochschule Düsseldorf und der Robert-Schumann-Schule ein wichtiger Hochschulstandort. Diesen Vorteil gilt es für die kommunale Politik zu nutzen und eine eigene Hochschulpolitik der Kommune zu entwickeln. Eine enge Zusammenarbeit zwischen der Stadt und den Hochschulen ist anzustreben.

Im Einzelnen fordert DIE LINKE:

- Der Modellversuch „Offene Ganztagschule“ lässt befürchten, dass Schulen zu Aufbewahrungsanstalten verkommen sollen, weil weder genügend Küchen, Kantinen, Pausen- und Ruheräume noch eine ausreichende, qualifizierte Personalausstattung für die Betreuung der Kinder vorgesehen sind.
- Die Stadt muss dringend die entsprechenden Räumlichkeiten zügig ausbauen und für eine ausreichende Personalausstattung mit qualifiziertem pädagogischen Personal sorgen.
- Das „Masterprogramm“ zur Sanierung Düsseldorfer Schulen muss beschleunigt werden, damit Schulen nicht erst in zehn Jahren saniert werden, auch die Außenanlagen der Schulen sind dringend zu sanieren.
- An jeder Düsseldorfer Schule muss mindestens ein(e) Schulsozialarbeiter(in) eingestellt werden, die Schulpsychologische Beratungsstelle muss endlich bedarfsgerecht erweitert werden.
- Alle weiterführenden Schulen sind mit einer Bibliothek auszustatten, für die mindestens jeweils eine Halbtagskraft eingestellt wird.

- Alle Schülerinnen und Schüler sollen ein kostenloses Frühstück und Mittagessen erhalten, die Lernmittel müssen komplett von der Kommune kostenfrei zur Verfügung gestellt werden, soweit das Land nicht die Kosten übernimmt.
- Die Einrichtung einer 5. und 6. integrativen Gesamtschule ist dringend notwendig, damit alle Eltern, die dies wünschen, für ihr Kind auf einer Gesamtschule einen Platz erhalten können.
- Städtische Berufsoberschulen und Fachoberschulen sowie Kollegs und Volkshochschulen sind in besonderem Maße zu fördern. Weiterhin ist eine ausreichende Versorgung mit „besonderen 10. Klassen“ zu garantieren, die Hauptschülern ermöglicht, die Fachoberschulreife zu erlangen.
- An den Berufskollegs sind Bildungsgänge einzurichten, die den SchülerInnen mit FOS-Reife ohne Qualifizierung für die gymnasiale Oberstufe diese Qualifizierung innerhalb eines Jahres ermöglicht. Zudem muss für alle SchülerInnen, die die Fachhochschulreife in einem zweijährigen Bildungsgang an einem Berufskolleg erlangt haben, die Möglichkeit ausgebaut werden, die allgemeine Hochschulreife am Berufskolleg zu erwerben. Hierzu sind die bereits vorhandenen Bildungsgänge an den Berufskollegs auszuweiten.
- Solidarität statt Ausgrenzung muss auch in Schulen, Kindergärten und sonstigen Bildungseinrichtungen gelten: Das Miteinander von Deutschen und Menschen ohne deutschen Pass, von Mädchen und Jungen bzw. Frauen und Männern, von Behinderten und Nichtbehinderten muss gefördert werden. Dazu gehören auch mehrsprachiger Unterricht, muttersprachlicher Unterricht, Assistenz für Kinder mit Behinderungen, der Einsatz der Gebärdensprache sowie die behindertengerechte Ausstattung der Bildungseinrichtungen.
- Wir unterstützen ausdrücklich den Gemeinsamen Unterricht (GU) von SchülerInnen mit und ohne Förderbedarf an Regelschulen.
- Mehr Teiligungsrechte und Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen. Wir wollen eine Bildungsoffensive, deren erster Schritt die breite öffentliche Diskussion des Schulentwicklungsplans in der Stadt sein sollte.
- Ein städtischer Fonds muss ausgleichen, dass einige Schulen durch einen schulischen Förderverein sehr viel Geld erhalten, andere sehr wenig. Es darf nicht sein, dass es eine Aufteilung in „arme“ und „reiche“ Schulen gibt.
- In Schulen dürfen weder Sponsoring noch Werbung durch private Unternehmen zugelassen werden.

- Die SchülerInnen Vertretungen und die BezirksschülerInnen Vertretung müssen durch die Stadt unterstützt werden. Hierzu wird auf jeder Schule ein für LehrerInnen nicht zugänglicher SV-Raum benötigt und ein unabhängiger Etat. Die Bezirks-SchülerInnenvertretung Düsseldorf soll ein eigenes Büro erhalten.
- Die Volkshochschule muss ihr Programm ausweiten und insbesondere mehr Angebote für BezieherInnen von Transferleistungen, Arbeitslose und SeniorInnen anbieten. Die Gebühren sind durchweg zu senken, für DüsselpassbezieherInnen sollte ein Kurs pro Semester kostenfrei sein.
- Kompetenzen der Hochschulen sind stärker in die regionalen Strukturen mit einzubeziehen, hierzu gehören die Einrichtung eines kommunalen Hochschulbeirates und eines kommunalen Studierendenbeirates.
- Bei der Instandsetzung und Neugestaltung von Schulgebäuden und Jugendzentren sind SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen in die Planungen mit einzubeziehen.
- Erhaltung und Sanierung der Schulgebäude muss eine öffentliche Aufgabe bleiben.

Zugang zur Kultur für Alle

Die Unterwerfung aller Lebensbereiche unter das Diktat des Marktes hat in Düsseldorf auch das kulturelle Leben nicht verschont. Museen wurden privatisiert, die Oper in eine GmbH umgewandelt. Mit Formen des Public-Private-Partnership wie im Falle des museum kunst palast ist die Stadt im Begriff zentrale kommunale Aufgaben, die im Interesse aller EinwohnerInnen liegen, wetterwendigen Interessen und Launen von Sponsoren auszuliefern. Experimentelle und gesellschaftskritische Kulturprojekte abseits des breiten Mainstreams hingegen haben kaum eine Chance auf Förderung, die ihnen genügend Planungs- und Arbeitssicherheit gibt. EinwohnerInnen werden alleine als Konsument von Kultur und nicht als Kulturschaffende betrachtet.

Im Zuge der Kommerzialisierung werden kulturelle Einrichtungen zunehmend als Wirtschaftsunternehmen gesehen, die sich nach Kriterien der Gewinn- und Verlustrechnung rechtfertigen müssen. So verwundert es nicht, dass sich das Angebot wie auch die Arbeitsbedingungen im Kulturbereich verschlechtert haben. Ungesicherte, zeitlich befristete Jobs haben reguläre sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse zunehmend verdrängt.

Doch nicht nur das Angebot, auch die Nachfrage nach kulturellen Darbietungen wird weitgehend dem freien Markt überlassen: Sozialabbau, Minijobs, prekäre Arbeitsverhältnisse, Arbeitslosigkeit und Kinderarmut haben auch im kulturellen Leben zu einer Ausgrenzung und Verarmung Betroffener geführt, dass sich die Frage nach der kulturellen Teilhabegerechtigkeit innerhalb der Stadt stellt.

DIE LINKE fordert:

- Kultur ist ein Recht für alle. Der freie Zugang zu Kultur und kultureller Bildung sollte auch für Menschen mit geringerem Einkommen möglich sein. Ein wöchentlich eintrittsfreier Tag, wie er in vielen Städten im In- und Ausland bereits seit langem existiert, muss auch in Düsseldorf die Zugänglichkeit zu Museen und Instituten verbessern. Die Eintrittspreise für alle weiteren kulturellen Einrichtungen (Theateraufführungen, Konzerte, Sonderausstellungen usw.) sollte für InhaberInnen des Düsseldorfspasses auf höchstens 10 Prozent des regulären Tarifs reduziert werden. Ebenfalls muss die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel für Inhaber des Düsseldorfspasses auf dem Weg zu und von kulturellen Veranstaltungen grundsätzlich kostenfrei sein.
- Die Anstrengungen, Kinder und Jugendliche unabhängig von ihrer sozialen Herkunft und Lebenssituation für Kunst und Kultur zu gewinnen, müssen erhöht werden. Durch Projektwochen in Schulen und Sonderveranstaltungen für SchülerInnen sollen Kinder unabhängig vom Elternhaus schon früh an eine kulturelle Bildung herangeführt werden. Jedem Düsseldorfer Schüler sollte dabei spätestens zu seinem 15. Geburtstag ein Ticket („Kulturbeutel“) zur Verfügung gestellt werden, das innerhalb eines Jahres zusammen mit einer Begleitperson seiner Wahl zum einmaligen kostenfreien Eintritt in alle Kultureinrichtungen der Stadt berechtigt.
- Es darf keine weiteren Privatisierungen öffentlicher kultureller Einrichtungen geben (Deutsche Oper am Rhein). Die Stadt entzieht sich durch Privatisierungsvorhaben ihrer kulturellen Verantwortung, Theater werden zwangsläufig zu reinen Wirtschaftsbetrieben und die Angestellten auf unsichere Arbeitsplätze abgeschoben. Künstlerische Freiheit ist in kommerzialisierten Betrieben grundsätzlich nicht gewährleistet.
- Kulturelle Einrichtungen dürfen nicht länger als Wirtschaftsbetriebe degradiert werden, in denen Mitarbeiter und Beschäftigten als „rationalisierbare Kostenfaktoren“ auf unsichere Arbeitsplätze abgeschoben werden. Die Arbeitssituation der Beschäftigten in den kulturellen Einrichtungen der Stadt

muss nachhaltig verbessert werden. Während die Stadt durch prestigeträchtige Veranstaltungen Millionen zur Verfügung stellt, um Düsseldorf als „Art-City“ zu präsentieren, darf es nicht länger geschehen, dass die Beschäftigten im Kulturbereich als prekär Beschäftigte an den Rand gedrängt werden. An die Stelle von Praktika und befristeten Jobs müssen unbefristete sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse treten.

- Städtische Räume müssen den EinwohnerInnen, die nichtkommerzielle Kulturarbeit betreiben, unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. Proberäume für MusikerInnen, Ateliers für bildende KünstlerInnen, Arbeits- und Auftrittsräume für Theatergruppen, Orchester und Chöre sind vorhanden. Sie können aber aufgrund der Miethöhe vielfach nicht bezahlt werden.
- Städtische Kulturarbeit muss der kulturellen Unterschiedlichkeit von Menschen Raum bieten. Menschen mit anderer Kultur und aus anderen Kulturen müssen in ihren kulturellen Entwicklungs-, Ausdrucks- und Genussmöglichkeiten besonders gefördert werden.
- Insbesondere die kulturelle und politische Arbeit des ZAKK ist durch städtische Zuschüsse sicherzustellen.
- Die Innenstadt darf nicht länger nur als Konsummeile angesehen werden; die Ortsteile dürfen nicht zu reinen Schlaf- und Wohnstätten werden. Öffentlicher Raum für Kunst und Kultur muss zur Verfügung gestellt, Straßenkultur in ihren vielfältigen Formen muss ein fester Bestandteil städtischer Politik sein.
- Kommerzielle Kulturanbieter und -vermarkter sind nicht länger als selbstverständliche Partner städtischer Kulturpolitik anzusehen. Vielmehr gilt es, dem Kulturamt der Stadt Düsseldorf eine Kulturagentur anzugliedern, die in gemeinsamer Verantwortung mit den Kulturschaffenden Düsseldorfs für die Planung und Organisation der kulturellen Aktivitäten sowie von Klein- und Großveranstaltungen verantwortlich zeichnet.
- Alltäglich erfahrbare Kulturangebote, Stadtteilkultur und die Förderung regionaler KünstlerInnen sind großen, prestigeträchtigen „events“ vorzuziehen.
- Die Vergabepaxis für Kunst im öffentlichen Raum muss demokratisiert werden.

Medien demokratisch gestalten

Mit den „Neuen Medien“ beschäftigt sich die Stadt Düsseldorf intensiv, allerdings nur, wenn es darum geht, Unternehmen anzusiedeln und den „Standort Düsseldorf“ als „Medienstadt“ auszubauen. Wir halten es für notwendig, Medien für die EinwohnerInnen zugänglich und nutzbar zu machen. Die „Neuen Medien“ bieten nur dann eine Chance zur Demokratisierung der Gesellschaft, wenn der Zugang zu ihnen für alle Menschen möglich ist. Zudem muss gefördert werden, dass EinwohnerInnen auch stärker zu MedienmacherInnen werden. Entgegengewirkt werden muss gleichzeitig einer Vereinzelung und der Auflösung sozialer Strukturen durch die „Neuen Medien“.

Konkret fordert DIE LINKE Düsseldorf:

- Das Programm „e-school“ zur Ausstattung aller Schulen mit Internet-Anschlüssen muss dahingehend ausgebaut werden, dass diese Internet-Anschlüsse auch außerhalb des Unterrichts kostenlos und frei zugänglich sind.
- Sämtliche öffentliche Einrichtungen (vom Jugendzentrum bis zum Altenheim) sind ebenfalls mit frei zugänglichen und kostenlosen Internet-Zugängen auszustatten. Begleitet werden muss dieses Programm durch ein umfassendes Bildungsangebot in Verantwortung der Volkshochschule.
- Im Bereich der Betriebsprogramme darf die Stadt sich nicht weiter durch „Sponsoren“ auf technische Standards festlegen lassen. Vielmehr ist ein Ausbau der Nutzung konzernunabhängiger „Freier Software“ notwendig.
- Stärker unterstützt werden müssen die kritische Medienarbeit der freien Träger der Kulturarbeit (z.B. ZAKK) und ihrer Projekte (z. B. Stattbuch) sowie die freien Medieninitiativen (z. B. Radiowerkstatt Bilk).
- Die unabhängige kritische Zeitschrift TERZ muss durch die Stadt gefördert werden.
- Der Bürgerfunk auf der Frequenz von Antenne Düsseldorf muss durch ein dauerhaftes Förderprogramm unterstützt werden. Es müssen noch mehr Menschen den Funk zu ihrem Medium machen können. Insbesondere an Schulen, in Altenheimen und in Betrieben sollten Radio Projekte gefördert werden.
- Wir setzen uns für ein lokales, nichtkommerzielles Fernsehen für Düsseldorf ein; einen „Offenen Kanal“, der von EinwohnerInnen eigenverantwortlich

betrieben und aus Stadt- und Landesmitteln finanziert wird. In Dortmund sind mit einem entsprechenden Projekt bereits gute Erfahrungen gemacht worden.

- Die von uns geforderten Stadtteilbüros, PlanerInnenläden und bestehende Bürgerzentren müssen zu Zentren von Kommunikation und Information werden.
- Wir fordern längere Öffnungszeiten der Bibliotheken in den einzelnen Stadtteilen und den Ausbau des Buchbestandes und des Angebotes an aktuellen Fachzeitschriften.
- Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Stadt ist unter dem neuen Amtsleiter zu einer Propaganda-Abteilung des Oberbürgermeisters geworden. Ein Kurswechsel, der kritische Positionen und Meinungen der EinwohnerInnen in städtischen Publikationen zulässt, ist dringend notwendig.
- Das Filmmuseum muss in seiner Orientierung wesentlich stärker zur Förderung ortsansässiger Filmemacher beitragen (durch Vorführungen und Ankaufkopien).

Sport fördern

Die Förderung des Breitensports lässt in Düsseldorf zu wünschen übrig. Die einseitige Orientierung der Stadt auf den Profisport und den Arena-Bau haben aufgezeigt, dass Sport zu einem Teil der „Wirtschaftspolitik“ verkommt. Sportvereine müssen Hallenmieten zahlen, Sportstätten verwahrlosen, vereinsunabhängige Sportangebote haben kaum eine Chance. Dabei dient der Sport nicht nur einer aktiven Freizeitgestaltung: er kann vielmehr Menschen unterschiedlicher Nationalitäten und Kulturen zueinander führen und bestehende Barrieren überwinden helfen. Eine aktive Sportpolitik ist immer auch Sozialpolitik. Wir wenden uns gegen eine Sport- und Freizeitpolitik, die sich an den Bedürfnissen der Wohlhabenden orientiert und Menschen mit wenig Geld von der Teilhabe am Sport ausschließt. Entgegengewirkt werden muss der zunehmenden Kommerzialisierung des Sports und dem damit verbundenen Abbau des Breitensports. DIE LINKE hält eine aktivere Sportpolitik für notwendig:

- Die Mieten für die Nutzung kommunaler Sportstätten sind abzuschaffen, um auf diese Weise die Sportvereine finanziell zu entlasten.
- Es sind nach Bedarf weitere Sportstätten zu schaffen, insbesondere um eine Nutzung der Sportstätten im Rahmen der Offenen Ganztagschule (OGATA),

Kitas und nicht vereinsgebundenen Breitensport zu ermöglichen.

- Im Rahmen der OGATA ist ein qualifizierter Sportunterricht anzubieten.
- Die lokalen, nichtkommerziellen Sportvereine sind in ihrer Arbeit stärker zu unterstützen; der Stadtsportbund ist in die Erarbeitung eines entsprechenden Konzepts mit einzubeziehen.
- Nicht vereinsgebundene Breitensport-Möglichkeiten müssen in Düsseldorf ausgebaut werden.
- In allen Stadtbezirken sind kommunal betriebene Bewegungs- und Gesundheitszentren aufzubauen.
- Jugend-Sportprojekte wie stadtteilnahe kontinuierliche „Nachtsport“-Angebote sind aufzubauen.
- Aus den aufzustockenden Mitteln der Bezirkssozialfonds sollen Kosten für Vereinsbeiträge und Grundausstattungen für Sportbekleidung für Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Haushalten finanziert werden.
- Antirassistische und antifaschistische Fan-Aktivitäten müssen gefördert und weiterentwickelt werden.
- Die soziale Funktion des Sports muss durch stärkeren interkulturellen Austausch gefördert werden.
- Im Rahmen unseres geforderten „Öffentlichen Beschäftigungssektors“ (vgl. Arbeitsmarktpolitik) haben die Förderung des Breitensports sowie die Sanierung von Sporthallen und Sportplätzen einen hohen Stellenwert.
- Die Eintrittspreise für die Düsseldorfer Schwimmbäder müssen gesenkt werden. Im Bereich der Lausward ist ein Freibad im Rhein zu verwirklichen.
- In einem Düsseldorfer Schwimmbad ist ganzjährig die Möglichkeit zum textilfreien Baden einzurichten.

VI. Gleiche Rechte für alle Menschen

Für die Rechte der Jugend

Freiräume und Selbstverwirklichung werden durch fehlende Angebote im nicht-kommerziellen Bereich für immer mehr Jugendliche immer schwieriger zu verwirklichen. Diese gesellschaftliche Situation führt zunehmend zu einem kälteren und härteren Umgang Jugendlicher miteinander. Immer mehr Stellen in Jugendzentren werden reduziert bzw. nicht neu besetzt. Dies weitet sich mit der Abschaffung des Anerkennungsjahres in pädagogischen Berufen aus. Düsseldorf hat eine hohe Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungsplätze sind rar. Dies ist für junge Arbeitslose eine große Belastung. Sie empfinden mit fortschreitender Dauer der Arbeitslosigkeit erhebliche Selbstzweifel und Verlust von Selbstvertrauen.

Im Wesentlichen fordert DIE LINKE:

- Jugendliche müssen mehr Möglichkeiten zur Eigenverantwortung erhalten. Sie kennen ihre Wünsche und Interessen am besten. Ihnen müssen in Jugendfreizeiteinrichtungen selbstverwaltete Projekte überlassen werden.
- Der Jugendrat ist mit umfassenden Kompetenzen auszustatten und in seiner Arbeit zu stärken.
- Es sind mehr Jugendcafes und Jugenddiscos in den Stadtteilen zu errichten. Viele Jugendliche möchten nur die Möglichkeit haben, sich mit ihren FreundInnen treffen und mit ihnen zusammen Musik zu hören, zu quatschen oder zu tanzen, ohne Geld in teuren Lokalen ausgeben zu müssen.
- Filmvorführungen in Jugendfreizeitstätten muss flächendeckend und kostengünstig angeboten werden (Beispiel: Freizeitstätte Garath).
- Es sind mehr MitarbeiterInnen in den offenen Jugendfreizeiteinrichtungen einzustellen. Viele Stellen, die durch in Mutterschutz bzw. Erziehungsurlaub befindlichen MitarbeiterInnen frei geworden sind, werden nicht besetzt. Nach Umfragen des Jugendamtes wünschen sich Kinder und Jugendliche längere Öffnungszeiten und das in fast allen Stadtteilen. Dies ist durch den derzeitigen Personalmangel nicht möglich.
- Unsere Forderung nach weiterer Öffnung der Schulturnhallen und Flächen zum Inlineskaten, Skaten und Rollschuhfahren deckt sich mit den Wünschen von Jugendlichen (Bericht des Jugendamtes).

- Jugendliche müssen kostenfrei Sport und Kultureinrichtungen besuchen können.

Starke, freie, selbstbewusste Kinder

Die Verantwortung für die finanzielle Absicherung von Kindern, ihre Erziehung und Freizeitgestaltung wird in enormem Ausmaß auf die Eltern bzw. Erziehungsberechtigten von Kindern abgeschoben. Das Wohl der Kinder und ihre Akzeptanz als eigenständige, selbständige Menschen ist aber auch eine gesellschaftliche Aufgabe, der sich auch die Düsseldorfer Kommune nur unzureichend stellt. Überall dort, wo Eltern, Familien und Freunde die Verantwortung für Kinder übernehmen können und wollen, begrüßen wir dies. Wo dies nicht der Fall ist, greift die gesellschaftliche Aufgabe.

Für dringend erforderlich hält die DIE LINKE:

- Die Rechte von Kindern müssen gestärkt werden. Wir fordern ein Kinderbüro der Stadt Düsseldorf, welches die Interessen von Kindern im politischen Raum vertritt und Kinder zur aktiven Einmischung im Sinne einer Verbesserung ihres Lebensraums anregt.
- Die positive Ausgestaltung der Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen muss ein Schwerpunkt städtischer Politik sein. Denn immer weniger orientiert sich die Stadt an dem was Kinder brauchen, vielmehr erwartet sie die Anpassung der Kinder an die Stadt. Die Suche nach Erlebnis und Abenteuer lässt bei vielen Kindern auch die Schwelle der Risikobereitschaft absinken (siehe hierzu Stadtplanung, Verkehrs und Umweltpolitik). Kinderspielflächen und Grünanlagen müssen stärker gepflegt und kindergerecht ausgestaltet werden, Schulhöfe entsprechend gestaltet und auch außerhalb der Schulzeiten geöffnet werden.
- Kinder dürfen nicht länger darunter leiden, wenn sie aus sozial benachteiligten Verhältnissen kommen. Die Sozialleistungen für Kinder sind deutlich anzuheben. Wenn Kinder ärmerer Menschen nicht die gleichen Chancen erhalten wie Kinder wohlhabender Menschen, werden sie ihr Leben lang weniger Chancen erhalten.
- Die gesundheitliche Versorgung von Kindern in den Schulen muss erweitert und verbessert werden. Gerade für Kinder aus sozial benachteiligten Familien,

für Kinder von MigrantInnen und Flüchtlingen und von Alleinerziehenden gibt es zu wenig spezifische Angebote.

- Eltern und Erziehungsberechtigten muss mehr Hilfe und Unterstützung bei der Erziehung zuteil werden. Gerade wer sich selbst in einer schwierigen Lebenssituation befindet, kann ohne gesellschaftliche oder nachbarschaftliche Hilfe leicht überfordert werden.
- Die Sorgentelefone für Kinder und Jugendliche sowie weitere Angebote anonymer Beratung sind zu fördern. Weitere pädagogische und sexualpädagogische Angebote für Mädchen und Jungen müssen geschaffen werden, um notwendige Aufklärung, Veränderung geschlechtsspezifischer Rollenwahrnehmung und Schutz vor sexuellen Übergriffen zu fördern.
- Wir unterstützen Zufluchtsstätten für Kinder und Jugendliche und fordern deren Ausweitung, damit eine ausreichende Betreuung für misshandelte, in Not geratene und sexuell missbrauchte Kinder bereitgehalten wird. Der Aufbau von Mädchen- und Junghäusern ist erforderlich.
- Der bedarfsgerechte Ausbau von weiteren Kindertagesstätten für unter dreijährige Kinder und die Schaffung von genügend wohnortnahen Einrichtungen für alle über 3-Jährige in allen Stadtteilen ist notwendig, um jedem Kind die Möglichkeit zu geben, eine eigene Rolle innerhalb einer Gruppe zu erkunden und ein partnerschaftliches, gewaltfreies und gleichberechtigtes Miteinander, insbesondere auch der Geschlechter untereinander, zu erlernen. Dieses ist gerade wichtig unter dem Aspekt, dass viele Kinder ohne Geschwister aufwachsen. Ein ausreichendes Angebot von Kita-Plätzen muss auch in den Ferienzeiten vorgehalten werden. Hierzu sind weitere Personalstellen erforderlich.
- Die Integration behinderter Kinder in Kindertagesstätten muss zur Realität werden. Wie alle anderen Kinder wollen auch Kinder mit Behinderungen leben, lernen und spielen. Der Ausbau von integrativen Kindertagesstätten ist umgehend zu forcieren, damit für alle Kinder mit Behinderungen über 3 Jahre entsprechende, wohnortnahe Angebote gemacht werden können. Auch muss es ein Angebot für die Betreuung von unter 3-jährigen Kindern mit Behinderungen geben.
- Der Anteil von MigrantInnen, die als ErzieherInnen in Kindergärten und -horten eingestellt werden, muss erhöht werden, da diese bei der Integration der Kinder von MigrantInnen einen großen Beitrag leisten können und zudem Vorbehalte bei Eltern abbauen können.

- Für alle Kinder bis 14 Jahre müssen genügend kostenfreie öffentliche Freizeitangebote in den Ferien geschaffen werden.

Integration vor Ort gestalten

Rund ein Drittel der Wohnbevölkerung Düsseldorfers hat einen Migrationshintergrund, in vielen Bereichen werden sie noch als EinwohnerInnen zweiter Klasse behandelt. Schlechtere Arbeits- und Wohnverhältnisse, geringere Zugang zum Bildungs- und Kulturleben, eine überdurchschnittliche Arbeitslosenquote sind Folgen einer mangelhaften Migrationspolitik. Der zum Teil diskriminierende „Integrationsbericht“ der Stadtverwaltung verdreht hier Ursachen und Wirkung und stellt Anforderungen an MigrantInnen, nicht aber an Verwaltung und Gesellschaft. Gleichzeitig wird mit einem neuen Populismus gegen MigrantInnen gehetzt, insbesondere dann, wenn es sich um Menschen islamischen Glaubens handelt. Das Wahlrecht - selbst auf kommunaler Ebene - wird zahlreichen MigrantInnen verwehrt.

DIE LINKE fordert:

- Im vorschulischen Bereich müssen flächendeckend spezifische Kinder/Eltern-Angebote gemacht werden, um eine Sprachförderung in der Muttersprache und in Deutsch anbieten zu können.
- Bereits in Grundschulen muss muttersprachlicher Unterricht angeboten werden, um Kinder in ihrer Zweisprachigkeit zu fördern. Sonst droht sprachliche Inkompetenz in der Muttersprache und in Deutsch.
- Die bestehenden Deutschkurse für MigrantInnen müssen in allen Düsseldorfer Schulen kostenfrei für die NutzerInnen ausgebaut werden.
- Das Angebot der freiwilligen Sprachförderung muss für erwachsene MigrantInnen ausgebaut werden. Hierbei ist eine Betreuung von Kindern zu gewährleisten.
- Informationsblätter zum Ausfüllen städtischer Antragsformulare sind (mindestens) in den fünf wichtigsten Sprachen (nach EinwohnerInnenanteil) bereitzuhalten.
- SachbearbeiterInnen mit Kenntnissen in den fünf wichtigsten Sprachen (nach EinwohnerInnenanteil) müssen im Dienstleistungszentrum verfügbar sein.
- Es ist darauf hinzuwirken, dass MigrantInnen bei der Stadt und ihren Unter-

nehmen entsprechend ihres Anteils an der EinwohnerInnenzahl auszubilden und zu beschäftigen sind.

- Der nur beratende AusländerInnenbeirat muss durch einen MigrantInnenausschuss, dessen Beschlüsse auch umgesetzt werden, ersetzt werden. Durch die Anhebung zu einem gleichwertigen Ausschuss des Rates (wie in Solingen und anderen Städten) hätten die MigrantInnen endlich die Möglichkeit zur direkten Teilhabe an kommunalen Entscheidungsfindungen. Die Vertretung der unterschiedlichen MigrantInnen muss gewährleistet werden.
- Interkulturelle Projekte in den Stadtteilen müssen gefördert werden.
- Kulturvereine und andere Selbstorganisationen von MigrantInnen müssen ausreichend gefördert werden. Dabei sind die diskriminierenden Förderrichtlinien zurückzunehmen, die nur Integrationsprojekte fördern, nicht aber die Pflege kultureller Identitäten.
- Monatliche stadtbezirksweite „EinwohnerInnen-Treffen“ müssen so gestaltet werden, dass eine Mitwirkung von MigrantInnen real ermöglicht wird.
- Die Vermittlung interkultureller Kompetenz muss eine feste und regelmäßige Größe in der Fortbildung städtischen Personals werden.

Flüchtlingen Schutz und Rechte geben

Kein Mensch wandert ohne Not aus, niemand ohne Hoffnung. Viele mussten ihr Herkunftsland wegen Menschenrechtsverletzungen, Kriegen, Bürgerkriegen, ökonomischer Not oder anderen, von ihnen nicht unmittelbar beeinflussbaren Gründen verlassen. Die Gleichstellung aller in Deutschland lebenden Menschen gehört zu unseren Zielen. Sondergesetze für Flüchtlinge lehnen wir ab. Zwar ist die Stadt Düsseldorf an die bestehenden Gesetze gebunden, sie hat aber auch Spielräume in der Asyl- und Flüchtlingspolitik. Die Stadt muss im Interesse der Flüchtlinge handeln, wo es ihr möglich ist:

- Flüchtlinge haben in Deutschland keine Freizügigkeit, sondern werden den Kommunen zugewiesen. Die Stadt Düsseldorf bringt die ihr zugewiesenen Personen in Flüchtlingsheimen unter. Wir wenden uns gegen jede Ausgrenzung und Absonderung von Menschen, die in Not geraten sind, und fordern die Unterbringung der Düsseldorfer Flüchtlinge in normalen Wohnungen.
- Die Unterbringung von Flüchtlingen im „staatenlosen Bereich“ des Düsseldorfer Flughafens („Flughafenverfahren“) muss beendet werden.

- Laut Asylbewerberleistungsgesetz sollen zur Behandlung akuter Erkrankungen nur die erforderlichen Leistungen gewährt werden. Wir werden uns für die Gleichberechtigung der Flüchtlinge bei der Gesundheitsversorgung einsetzen.
- Nach Vorgabe des Landes sollen Asylbewerber in der Regel keine Arbeitserlaubnis erhalten, aber als Ein-Euro-Kräfte eingesetzt werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Stadt sich gegen diese Praxis wendet und entsprechenden Druck auf das Arbeitsamt ausübt.
- Im Ermessen der Ausländerbehörde liegt die Festsetzung der Duldungsdauer, die in der Regel ohne erkennbaren Grund auf einen oder drei Monate begrenzt wird. Die Duldungsdauer muss aber möglichst hoch angesetzt werden, um Flüchtlinge weniger zu verunsichern.
- Das Erlernen der deutschen Sprache darf nicht an den finanziellen Möglichkeiten der Flüchtlinge scheitern. Entsprechende Unterrichtsangebote sind sicherzustellen und auszubauen.
- Eine medizinische Versorgung für anerkannte Flüchtlinge, Illegalisierte und Arbeitskräfte insbesondere aus den neuen EU- Ländern muss dringend ausgebaut werden.

Gegen Vertreibung und Schikanen

Mit der Duldung privater und der Einführung kommunaler Sicherheitsdienste und verstärkter Polizeipräsenz machte sich bereits die SPD/Grüne-Ratsmehrheit vor zehn Jahren zum Vorreiter einer Überwachungs politik, die von der aktuellen Ratsmehrheit aus CDU und FDP verschärft fortgesetzt wird: 1.200 Einsätze gegen Randgruppen, so lautet die Vorgabe der Ratsmehrheit von CDU/FDP an den Ordnungs- und Servicedienst für 2009.

Zunehmende Videoüberwachung in der Innenstadt und ein mit Baretten, Uniformen, Schlagstöcken und Schäferhunden ausgestatteter kommunaler Ordnungsdienst sollen insbesondere alternative Jugendkulturen und Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt auf der Straße haben, aus der Innenstadt vertreiben.

DIE LINKE tritt für ein Ende dieser repressiven Politik ein und fordert:

- Die kommunale Sicherheitspartnerschaft muss aufgekündigt werden. Der Ordnungs- und Servicedienst muss aufgelöst werden. Die repressiven Bestimmungen müssen aus der Düsseldorfer Straßenordnung verschwinden.

- Mit privaten Sicherheitsdiensten darf nicht kooperiert werden; es muss verhindert werden, dass diese Kräfte auch im öffentlichen Raum eingreifen.
- Städtische Planungs- und Verkehrspolitik muss ein Konzept zum Abbau „unsicherer Orte“ im Stadtgebiet erarbeiten und umsetzen.
- Präventive Arbeit gegen Gewalt muss ausgebaut werden. Opfer von Gewalttaten benötigen ein größeres Maß an Hilfe und Betreuung.
- Der Ausbau von Bürgerbüros in den Stadtteilen und den Einsatz von Service-MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung, die bei Fragen und Problemen zur Verfügung stehen, ist unser Gegenkonzept zu „Sicherheits-Diensten.“
- Die Abschaffung der Sperrbezirke für Prostituierte halten wir ebenso für notwendig wie konkrete Beratung und Hilfe für Menschen, die der Prostitution nachgehen. Die Stadt Düsseldorf muss hierbei den Sicherheitsbedürfnissen der Prostituierten endlich entsprechen.

Vielfalt leben - Lesben und Schwule unterstützen

Obwohl Düsseldorf eine Metropole lesbisch-schwulen Lebens ist, hat unter der CDU/FDP-Mehrheit die städtische Repression gegen schwule und lesbische Lebensweisen stark zugenommen. Nicht nur offene Diskriminierung, sondern insbesondere die Einstellung nahezu aller Ansätze einer Anti-Diskriminierungspolitik sind beendet worden.

Dagegen hat sich DIE LINKE im Rat der Stadt ebenso gewehrt wie durch verschiedene Aktionen. Mit dem CSD in Düsseldorf, der 2004 das erste Mal stattfand, besteht seitens der Lesben und Schwulen die Möglichkeit, den Widerstand gegen die schwulen- und lesbenfeindliche Politik der Stadtverwaltung zu verstärken.

Folgende Forderungen hält DIE LINKE für vordringlich:

- Die gezielten Kontrollen und Repressionen des städtischen Ordnungs- und Service-Dienstes an Szene-Treffpunkten müssen eingestellt werden.
- Lesbischschwule Kulturarbeit und die Information über lesbische und schwule Aktivitäten muss ein Bestandteil städtischer Kultur und Stadtmarketingpolitik werden.
- Die Arbeit gegen antischwule und antilesbische Gewalt ist finanziell zu fördern.

- Unter Einbeziehung der Arbeitsgruppe „Schwul-Lesbische Schul-Aufklärung“ (SchLAu) ist ein städtisches Konzept zur Sexualaufklärung und zur Förderung von Akzeptanz und coming-out-Prozessen bei Jugendlichen zu erarbeiten.
- Die Jugendgruppen von Lesben und von Schwulen müssen in ihrer Arbeit unterstützt werden. Vorstellbar ist der Aufbau eines lesbischschwulen Jugendzentrums in Düsseldorf, welches sich am erfolgreichen Kölner Modellprojekt orientiert.
- Das „Forum Düsseldorfer Lesben und Schwulengruppen“ und der „Runde Tisch“ müssen wieder eingeführt und besser unterstützt werden. Insbesondere ist der „Runde Tisch“ zu einem beschlussfähigen Gremium auszubauen, welches konkrete Vorgaben an die Verwaltung und Vorlagen an den Rat erarbeitet (vgl. Münsteraner Modell).
- Die Darstellung der Verfolgung von Schwulen und Lesben während der Naziherrschaft muss in die Ständige Ausstellung der Mahn und Gedenkstätte Düsseldorf integriert werden.
- In Düsseldorf muss endlich ein Mahnmal für die im Faschismus verfolgten Homosexuellen entstehen.
- Die Internetseiten der Stadt Düsseldorf müssen im Bereich „Lebenssituationen: Lesben und Schwule“ umfassend entwickelt werden. Die derzeitige Präsentation ist vollkommen unzureichend.
- Älteren Schwulen, die durch die Verfolgung in der Adenauer-Ära ebenso geprägt wurden wie durch das Sterben von Freunden in der AIDS-Krise, fehlt oftmals ein funktionierendes soziales Umfeld. Hier sind modellhafte Projekte zur Förderung der Integration zu erarbeiten und umzusetzen, wie z.B. in Frankfurt am Main.

Gleichberechtigte Teilhabe für Menschen mit Behinderungen

Behinderte Menschen führen in der Mode- und Messestadt Düsseldorf immer noch ein „Schattendasein“. Die meisten öffentlichen Gebäude und öffentliche Verkehrsflächen entsprechen nach wie vor nicht behindertengerechten Standards. Angesichts der zahlreichen Baumaßnahmen ist dies ein Skandal. Städtische Einrichtungen und die Einrichtungen der kommunalen Unternehmen (insbesondere der Rheinbahn) berücksichtigen nur unzureichend die Lebensrealitäten behinderter Menschen. Eine

Teilhabe am öffentlichen Leben der Stadt ist für behinderte Menschen nur bedingt möglich. Von Armut und Arbeitslosigkeit sind Behinderte in extremem Maß betroffen. Nicht einmal die Stadt selbst erfüllt die Pflichtquote bei der Beschäftigung behinderter Menschen. Daher fordert DIE LINKE:

- Die Umsetzung der UN-Konvention „Für die Rechte behinderter Menschen“ auf kommunaler Ebene.
- Die städtische Verkehrsplanung muss durchgehend auf Basis der Standards behindertengerechter Verkehrsplanung überarbeitet werden. Passierbarkeit mit Rollstühlen und akustische Signale für Blinde sind auf jeden Fall zu berücksichtigen.
- Der barrierefreie Umbau öffentlicher Gebäude ist unmittelbar zu forcieren.
- Beschäftigungspolitisch sollten die Stadt und die städtischen Unternehmen beispielhaft demonstrieren, dass sich technische Errungenschaften nicht nur zum Arbeitsplatzabbau sondern auch zur Einrichtung behindertengerechter Arbeitsplätze nutzen lassen. Die Einhaltung der Mindestquote bei der Beschäftigung behinderter Menschen kann daher nur als erster, aber dringend notwendiger Schritt bezeichnet werden.
- Erforderlich ist eine Beratungsstelle zur Einrichtung behindertengerechter Arbeitsplätze. Basierend auf den Erfahrungen bei der Stadt selbst sollen Firmen ausgiebig informiert werden. Zudem sollen umfangreiche Informationen über Förderungsmöglichkeiten bereitgestellt werden.
- Selbsthilfegruppen behinderter Menschen müssen dringend gefördert werden. Gerade diese Selbsthilfegruppen sollen zu den oben genannten Planungs- und Umbaumaßnahmen angehört werden.
- eine Verbesserung und Ausbau der Frühförderung behinderter Kleinkinder und den Ausbau von Spielplätzen mit behindertengerechten Spielgeräten.
- den Bau integrativer Mehrgenerationenhäuser in urbaner Lage, statt Bau neuer Heime, die behinderte oder alte Menschen isolieren; Wohngruppen und Behindertenwohnungen im frei finanzierten und im sozialen Wohnungsbau sowie Beratungsstellen und Hilfseinrichtungen müssen schwerpunktmäßig gefördert werden.
- Die Einrichtung betreuter integrierter Schulklassen muss auf Dauer separate Schulklassen oder gar Schulen für psychisch oder körperlich behinderte Menschen ablösen.

- Qualifizierungsmöglichkeiten der kommunalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um eine bestmögliche Hilfestellung für Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten und dass Verwaltungsvorgänge für Menschen mit Behinderungen nachvollziehbar sind.

Voraussetzungen für ein Altern in Würde schaffen

Nach Erwerbstätigkeit und Kindererziehung beginnt für viele Menschen eine neue Lebensphase. Eine neue SeniorInnenpolitik schreiben sich mittlerweile alle Parteien auf die Fahne. Dabei geht unter, dass viele SeniorInnen aufgrund geringer Rente zahlreiche zur Verfügung stehende Angebote nicht nutzen können und ein „selbstbestimmtes Leben im Alter“ an finanziellen Hürden scheitert.

DIE LINKE fordert:

- Die Selbstorganisation älterer Menschen muss gestärkt und gefördert werden.
- Im Bereich der Stadtplanung muss den besonderen Bedürfnissen älterer Menschen Rechnung getragen werden.
- Altersarmut, gerade bei Frauen, muss auch kommunal entschieden bekämpft werden. Hierzu sind u.a. die einmaligen Beihilfen im Bereich der Grundsicherung deutlich auszuweiten.
- Der Seniorenbeirat der Stadt ist in seinen Kompetenzen zu stärken. Die Wahlen müssen demokratisiert werden. Die Informationspolitik ist im Vorfeld der Wahlen auszubauen.
- Die städtische Wohnberatung für SeniorInnen und der Etat für den seniorenrechtlichen Umbau von Wohnungen sind auszuweiten.
- Förderung von Wohnprojekten, in denen Alt und Jung zusammenwohnen können.
- Hilfen für den Verbleib älterer Menschen bei Erkrankungen in ihrem sozialen Umfeld.
- Aufbau unabhängiger, dezentraler Pflegeberatungsstellen.
- Ausbau des Angebotes für bezahlbare Tages- und Kurzzeitpflege.
- Erweiterung der Angebote zur Integration demenzerkrankter Menschen sowie Verbesserung der Hilfe für pflegende Angehörige.

VII. Unser Selbstverständnis:

Mit der LINKEN für soziale Gerechtigkeit und umfassende Demokratie vor Ort

Das Leben in der Kommune ist für den größten Teil der Menschen der wichtigste Bezugspunkt des persönlichen und sozialen Lebens. Er ist ähnlich wichtig und damit eng verbunden wie das Leben mit der Familie oder in Partnerschaften. Wichtige Wünsche an ein gutes Leben konzentrieren sich auf die Kommune: Bezahlbarer und komfortabler Wohnraum; ausreichend, gute und sichere Arbeitsplätze; wenig Verkehrsbelastung und Lärm; eine intakte Umwelt und gut erreichbare Naherholungsgebiete; ein dichtes Nahverkehrssystem mit niedrigen Fahrpreisen und einfachen Netzтарifen; gute Schulen und Kindereinrichtungen; ein dichtes Versorgungsnetz im Gesundheitswesen; vielfältige Einkaufsmöglichkeiten, kurze Wege, vielfältige und bezahlbare Kultur- und Sportangebote für alle Alters- und Interessengruppen; bürgernahe Verwaltung; kostengünstige und ökologische sichere Abfallentsorgung; umweltfreundliche und sichere Energieversorgung.

DIE LINKE kämpft für das gute Leben und deshalb liegt ein wesentlicher Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit in der Kommune. Die Wirklichkeit in den Kommunen ist jedoch weit davon entfernt, sich an diesen Wünschen und Bedürfnissen der Menschen zu orientieren. Das Leben in der Kommune soll möglichst kostengünstig verwaltet, die Europa-, Bundes- und Landesvorgaben geräuschlos umgesetzt und das gesamte Leben den Erfordernissen der Marktwirtschaft und privaten Profitinteressen untergeordnet werden. Die kommunale Selbstverwaltung ist substanziell ausgehöhlt worden zugunsten der oberen staatlichen Ebenen. Die Kommunen werden seit Langem finanziell ausgeblutet. Wirtschaftliche Eigenaktivität, alternative Produktionsformen und kulturelle Selbstbestimmung werden durch Gesetze, Verordnungen und gegebenenfalls auch ideologische Kampagnen immer weiter zurück gedrängt im Namen des angeblichen „Sachzwangs Globalisierung“ oder dem neoliberalen Grundsatz „privat vor Staat“.

An den Kommunalwahlen nehmen immer weniger Menschen überhaupt teil. Die größte Gruppe ist inzwischen die der NichtwählerInnen. Das ist die Quittung für die herrschende Politik des neoliberalen Parteienkartells von CDU, SPD, FDP und Grünen. Dahinter steht aber auch die tägliche Erfahrung, dass die Kommunalpolitik den wirklich mächtigen Strukturen ausgeliefert ist, privaten Unternehmerinteressen und

der Landes- und Bundesebene. Große Teile der zugewanderten Bevölkerung dürfen mangels Wahlrecht gar nicht an den Wahlen teilnehmen.

DIE LINKE findet sich damit nicht ab. Gesellschaftliche Frustration, Ohnmachtsgefühle, dauerhafte Wahlabstinenz und Ausschluss von Wahlen sind gefährlich, sind die Brutstätte für rechtspopulistische und neofaschistische Demagogie und mit demokratischen Grundsätzen unvereinbar.

DIE LINKE ist angetreten, sich mit diesem zentralen Widerspruch nicht abzufinden. Sie unterwirft sich nicht den angeblichen Spar- und Sachzwängen, sondern deckt die Interessen auf, die hinter diesen „Zwängen“ wirklich stehen. Die LINKE kämpft für eine echte Selbstverwaltung und ein selbst bestimmtes Leben.

DIE LINKE ist keine Stellvertreterpartei, sondern ein Angebot an alle, die sich wehren und ihre Lebensbedingungen gemeinschaftlich gestalten wollen. Die LINKE hat sich gegründet und nimmt an Wahlen teil, um denen eine Stimme zu geben, deren Interessen missachtet, die verschwiegen und übergangen werden.

DIE LINKE will die Demokratisierung der Demokratie. Die LINKE will deshalb vorrangig da sein, wo die Menschen leben und arbeiten: im Stadtteil und in den Betrieben, an Schulen und Universitäten. Die LINKE wird sich dort organisieren und für eine widerständige Politik aufstellen.

Unsere Kommunalpolitik wird die Grundsätze einer neuen sozialistischen Politik immer wieder erkennbar machen:

- Unsere Kommunalpolitik ist demokratisch und emanzipatorisch. Unsere Kommunalpolitik ist darauf gerichtet, Entscheidungen partnerschaftlich mit den Menschen zu treffen und umzusetzen bzw. Entscheidungen direkt der Gesellschaft zu übertragen. Dazu gehören umfassende Information der Einwohnerschaft, öffentliche Versammlungen, bürgerschaftliche Beiräte auf allen wichtigen Handlungsfeldern der Kommunalpolitik; umfassende Bürgerbeteiligung in Haushaltsfragen sowie Bürgerbegehren und Bürgerentscheide zu fairen Bedingungen.
- Unsere Kommunalpolitik ist vom Grundsatz sozialer Gerechtigkeit geleitet. Chancengleichheit für alle in der Bildung und Ausbildung, im Berufsleben und bei der kulturellen Teilhabe haben für uns oberste Priorität. Soziale Sicherheit angesichts wachsender Lebensrisiken in allen Lebensabschnitten ist für DIE LINKE programmatischer Kernbestandteil.

- Unsere Kommunalpolitik ist vom Grundsatz der Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit geprägt. Ressourcenschonung, Natur- und Umweltschutz, die weitgehende Ablösung der Wirtschaft auf Basis fossiler Energieträger zugunsten umweltverträglicher Techniken und Verfahren sind inzwischen zur Überlebensfrage der Menschheit geworden. Umweltschutz und soziale Sicherheit bilden für uns keinen Gegensatz, sondern eine Einheit.

DIE LINKE wird in ihrer Politik den Gegensatz von dem, was möglich ist, und dem, was von anderen nicht zugelassen wird, immer wieder aufdecken und Alternativen aufzeigen. Wir wollen mit allen Menschen, die sich uns anschließen und mit allen, die daran Interesse haben, gemeinsam für eine andere und bessere Art von Leben kämpfen.

DIE LINKE will eine umfassende kommunale Selbstverwaltung, sie will Kommunen mit widerständigen, informierten und selbstbewussten EinwohnerInnen.

Zur Sicherung der kommunalen Daseinsvorsorge, für das kommunale Handeln im Interesse der Mehrheit, aber auch für die legitimen Interessen von gesellschaftlichen Minderheiten brauchen wir einen starken öffentlichen Sektor. Die Beschränkungen der wirtschaftlichen Betätigung für die kommunale Ebene müssen zurück genommen und ihre Rechte erweitert werden. Der Versuch von EU-Kommission und NRW-Landesregierung, das öffentlich-rechtliche Sparkassenwesen zugunsten privater Banken auszuhebeln, muss verhindert werden. Die Handlungsfähigkeit der kommunalen Ebene muss durch eine umfassende staatliche Finanzreform, eine Neuaufteilung des Steueraufkommens und weitreichende Mitbestimmungsrechte gegenüber den übergeordneten staatlichen Ebenen wiederhergestellt und gesichert werden.

DIE LINKE ist deshalb die Alternative zu den etablierten Parteien. Sie ist die Alternative gegen eine Politik der Verarmung, Ausgrenzung und Spaltung, wie sie von den herrschenden Koalitionen oder absolut Regierenden mit ihren Oberbürgermeistern, Bürgermeisterinnen und Landräten betrieben wurden. Sie ist nach über einem Jahrzehnt des neoliberalen Umbaus der Gesellschaft und einem immer mehr zunehmenden Kurs der Privatisierung vor allem von CDU/FDP aber auch die Alternative zu SPD und Grünen, die diese Politik erst gesellschaftsfähig gemacht und dann mit der Agenda 2010 und den Hartz-Gesetzen auf allen Ebenen, bis in die Kommunen, durchgesetzt haben.

Programmatischer Dreiklang

Unsere kommunale Arbeit hat immer drei unauflöslich verbundene Bestandteile:

- Widerstand und Protest,
- dem Anspruch auf Gestaltung sowie
- über den Kapitalismus hinaus weisenden Alternativen.

DIE LINKE wird gesellschaftlichen Protest, den Einsatz für soziale Verbesserungen, die Entwicklung von Reformalternativen unter den gegebenen kapitalistischen Verhältnissen und die Gestaltung von Entwicklungswegen, die über die gegenwärtige Gesellschaft hinausweisen, zusammenführen. Keiner dieser drei Aspekte wird zu Gunsten der anderen vernachlässigt werden.

Sozialistischer Kommunalpolitik sind Grenzen gesetzt, denn aus den Zwängen der Gesamtgesellschaft kann sich eine Kommune allein nicht lösen. Erst wenn ein bundespolitischer Politikwechsel eingeleitet worden ist, bestehen in den Kommunen ausreichende Voraussetzungen, um tief greifende Verbesserungen zu erreichen. Auf dem Weg dahin wollen wir auf kommunaler Ebene alles erreichen, was möglich ist und den gesamtgesellschaftlichen Politikwechsel mit vorantreiben.

Widerstand und Protest

DIE LINKE ermutigt und unterstützt gesellschaftliche Selbstorganisation, Widerstand und bürgerschaftliches Engagement. Gemeinsam mit Initiativen, Vereinen und Verbänden protestieren wir gegen den Abbau sozialer Sicherungen und demokratischer Rechte, kämpfen wir für ihren Erhalt und Ausbau, fördern wir Umwelt- und Naturschutz und werden öffentlich dafür werben, dass auch in den Kommunen die Weichen für ein soziales, nachhaltiges und emanzipatorisches NRW gestellt werden.

Wir wollen dazu beitragen, die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nachhaltig zu verändern. Gemeinsam mit starken Kräften der Gewerkschaften, globalisierungskritischen und anderen sozialen Bewegungen, der Umweltbewegung, der Friedensbewegung und der Frauenbewegung, mit gesellschaftskritischen Initiativen und progressiven Vertretern aus Wissenschaft und Kultur stellen wir uns aktiv gegen den Neoliberalismus und alle Unterdrückungsverhältnisse in der Gesellschaft. Als Partei werden wir die Anliegen und Aktivitäten dieser Bewegungen aufgreifen und mit un-

seren zusätzlichen Möglichkeiten unterstützen. Unsere Mitglieder werden in diesen Bewegungen aktiv mitarbeiten, ohne sie zu instrumentalisieren.

Gerade in der Kommune wird nur etwas zu bekommen, zu gestalten und zu verteidigen sein, wenn es genügend öffentlichen Druck gibt, wenn sich die Menschen für die Durchsetzung ihrer Belange mobilisieren.

Gestaltung

Wir stehen in grundsätzlicher Opposition gegen diejenigen Kräfte, die in den Kommunen eine reaktionäre und neoliberale Politik betreiben. Gleichzeitig ergreifen wir immer und überall die Gelegenheit, um wirkliche Verbesserungen durchzusetzen.

Seit vielen Jahren treten wir mit unserem Engagement und mit unseren gewählten MandatsträgerInnen bereits den Beweis an: Wir unterstützen nicht nur berechtigte Proteste und halten gegen, sondern unterbreiten konkrete Vorschläge und werben für ihre Umsetzung. Unsere kommunale Arbeit zielt eben auch drauf ab, hier und heute die Lebenslage der Menschen zu verbessern.

Unsere Praxis beweist: Die VertreterInnen der LINKEN in den Räten, Bezirksvertretungen, Kreistagen und kommunalen Vertretungskörperschaften wollen sich nicht bereichern, sie beteiligen sich nicht an prinzipienlosem Kuhhandel, sondern engagieren sich für unser Programm an der Seite der Bevölkerung.

Die Erfolge der Partei DIE LINKE haben dazu geführt, dass das Thema soziale Gerechtigkeit bei den etablierten Parteien überhaupt erst wieder diskutiert wird und überall ein Thema ist. Dort, wo die neoliberale Parteienallianz aus CDU, SPD, Grünen und FDP jedoch noch stark genug ist, wird die wirtschaftshörige Politik fortgesetzt. Um wirklich eine Politik im Interesse der Menschen machen zu können, muss eine starke Partei DIE LINKE in die Parlamente einziehen. Bei der Kommunalwahl 2009 bietet sich hierfür eine einmalige Chance, die Vorherrschaft der schwarz-gelben Koalition endgültig zu überwinden und Städten und Gemeinden eine sozialere Prägung zu geben.

Systemalternative

DIE LINKE formuliert in ihren programmatischen Eckpunkten den Anspruch, „gemeinsam [...] dafür [zu streiten], dass der Kapitalismus nicht das letzte Wort der Geschichte ist“. Diesen Auftrag gilt es auch in der kommunalen Arbeit im Auge zu

behalten, indem sie dazu beiträgt, in der Bevölkerung das Bewusstsein der Notwendigkeit eines grundlegenden Politikwechsels zu verbreiten.

Diese Politik der Selbstbestimmung und des Widerstands ist bunt und radikal; miteinander ist sie auch voller Widersprüche. Sie entspricht in keiner Weise den glatten Konzepten und technokratischen Modellen anderer Parteien. Aber sie hat all den anderen etwas voraus: sie ist Leben.

Links schlägt nicht nur das Herz, links ist die Zukunft.

DIE LINKE.

DIE LINKE. ist eine Partei, wie es sie in Deutschland noch nicht gab - Linke einigend, demokratisch und sozial, ökologisch, feministisch und antipatriarchal, offen und plural, Streitbar und tolerant, antirassistisch und antifaschistisch, eine konsequente Friedenspolitik verfolgend. Wir sind Teil der europäischen Linken, der sozialen und Friedensbewegungen.

Wenn Sie etwas bewegen und verändern wollen, dann kommen Sie in DIE LINKE.

Wir brauchen viele Neue – gönnen Sie sich etwas Neues!

Nehmen Sie Kontakt mit uns auf:

Tel. 0211- 933 60 81

info@die-linke-duesseldorf.de

www.die-linke-duesseldorf.de

Impressum

DIE LINKE. Kreisverband Düsseldorf
Corneliusstr. 108
40215 Düsseldorf

Tel. 0211- 933 60 81

e-Mail: info@die-linke-duesseldorf.de
www.die-linke-duesseldorf.de

DIE LINKE.

Kreisverband Düsseldorf